

Brauereiarbeiter-Zeitung

Organ für die Interessen der Arbeiter in der Getränke-Industrie

Publikationsorgan des Zentralverbandes deutscher Brauereiarbeiter und verwandter Berufsgenossen

Erscheint wöchentlich am Sonnabend.
Bezugspreis vierteljährlich 2,10 M., unter Kreuzband 2,70 M.
Eingetragen in die Postzeitungsliste.

Verleger und verantw. Redakteur: Fr. Krieg, Lichtenberg-Berlin
Redaktion und Expedition: Berlin O. 27, Schicklerstraße 6
Druck: Vorwärts Buchdruckerei Paul Singer & Co., Berlin SW. 68

Inserationspreis:
die sechsgespaltene Kolonelleile 40 Pfg., für Mitglieder 30 Pfg.
Schluß für Inserate: Montag-Mittag 12 Uhr.

Die gegenwärtige Krise in der Brauindustrie macht es jedem Arbeiter in der Brauindustrie zur Pflicht, sich zum Schutze seiner Interessen dem Brauereiarbeiterverband anzuschließen!

Bekanntmachung betreffend Wahl der Delegierten zum 17. Verbandstage.

Wie in Nr. 6 der „Brauereiarbeiter-Zeitung“ bekanntgegeben wurde, findet der 17. Verbandstag des Zentralverbandes deutscher Brauereiarbeiter und verwandter Berufsgenossen am 7. Juni und folgende Tage im Gewerkschaftshaus in Berlin statt. Die

Wahl der Delegierten

erfolgt für den gesamten Verband

am Sonntag, den 10. April,

in der Zeit von vormittags 10 Uhr bis abends 6 Uhr in den von dem jeweiligen Wahlstellenvorstand bestimmten Wahllokalen.

Für die Wahl, die geheim ist und durch Stimmzettel erfolgt, gelten die Bestimmungen des Wahlreglements, wie es auch in Nr. 4 der „Brauereiarbeiter-Zeitung“ zur Urabstimmung betr. Verschmelzung mit dem Mühlenarbeiterverband veröffentlicht ist, nur mit dem Unterschied, daß es sich dort um eine Urabstimmung und jetzt um eine Wahl handelt.

Die Abweichungen bzw. Ergänzungen bei der Wahl der Delegierten gegenüber der Urabstimmung sind folgende:

Die Kandidaten sind in Mitgliederversammlungen aufzustellen. Um größere Stimmenspaltungen zu vermeiden, können sich die zu einem Wahlkreis zusammengezogenen Wahlstellen vorher über den oder die Kandidaten verständigen.

Die Vorschlagsliste ist, mit dem Namen des oder der Kandidaten des Wahlkreises versehen, im Wahllokal auszuhängen.

Die Stimmzettel sind in den Wahlstellen selbst herzustellen und mit dem Wahlstellenstempel zu versehen. Die Wahlstellen haben auch ihren Hauptstellen entsprechend der Zahl der dortigen Mitglieder, abgestempelte Stimmzettel auszustellen.

Stimmzettel sind ungültig:

wenn sie nicht mit dem Wahlstellenstempel versehen sind;

wenn sie mehr Namen enthalten, als Delegierte in den Wahlkreisen gewählt werden dürfen;

wenn geschriebene Namen so unleserlich geschrieben oder verwischt sind, daß nicht zu erkennen ist, wer damit gemeint sein könnte;

wenn zwei oder mehrere ineinandergesetzte Stimmzettel abgegeben werden, sind diese sämtlich ungültig.

Wenn in einem Wahlkreise nur soviel Kandidaten aufgestellt sind, wie gewählt werden müssen, so sind auch

Erfahrmänner

aufzustellen und gilt die Vertretung nach der Stimmzahl.

Bei gleicher Stimmzahl der Delegierten findet

Stichwahl am Sonntag, den 24. April,

zur gleichen Tageszeit und unter denselben Vorschriften wie bei der Hauptwahl statt. Ergibt sich auch hier gleiche Stimmzahl, so entscheidet das Los.

Sind die Kandidaten mit gleicher Stimmzahl an einem Orte, so lösen sie selbst, im anderen Fall der Hauptvorstand in einer Sitzung.

Ist ein Delegierter durch unvorhergesehene Ereignisse verhindert, sein Mandat auszuüben, so hat er dies dem Hauptvorstand umgehen mitzuteilen, welcher dann als Erfahrmann den Kandidaten mit der Vertretung beauftragt, der nach ihm bezw. außerhalb der gewählten Delegierten die höchste Stimmzahl erhalten hat oder in der Stichwahl oder durch Losentscheid gegen ihn unterlegen ist.

Nach Beendigung der Wahl ist das Resultat sofort festzustellen, ein Protokoll darüber aufzunehmen, in den einzelnen Wahlstellen, wo in mehreren Wahllokalen gewählt wird, Protokolle und Wählerlisten zu sammeln und diese sofort an den Verbandsvorstand einzusenden.

Die Stimmzettel bleiben in den Wahlstellen aufbewahrt und müssen auf Verlangen des Verbandsvorstandes eingesandt werden.

Wahlmaterial (Vorschlagsliste, Wählerlisten, Protokoll) geht den Wahlstellen in den nächsten Tagen zu; wo das Material nicht reicht, verlange man weiteres.

Nachstehend veröffentlichen wir die Wahlkreise

Wahlkreise

begin. die zu einem Wahlkreis zusammengezogenen Wahlstellen unter Beifügung der Zahl der in jedem Wahlkreis zu wählenden Delegierten:

1. Wahlkreis: Bromberg, Elbing, Königsberg i. Pr., Memel, Tilsit, Czarnikau, Glogau, Görtz, Girschberg, Ratibowitz, Protoschin, Landeshut, Liegnitz, Neufals a. Ober, Oppeln, Rosen, Rhinid, Schweidnitz, Striegau, Waldenburg: 1 Delegierter.
2. Wahlkreis: Breslau: 1 Delegierter.
3. Wahlkreis: Berlin: 5 Delegierte.
4. Wahlkreis: Stettin: 1 Delegierter.
5. Wahlkreis: Brandenburg, Gattbus, Eberswalde, Finsterwalde, Forst i. L., Frankfurt a. Oder, Fürstenwalde, Guben, Landsberg a. W., Ludenwalde, Oranienburg, Rotsdam, Rathenow, Schwiebus, Werder: 1 Delegierter.
6. Wahlkreis: Bremen, Bremerhaven, Buxtehude, Stade, Verden: 2 Delegierte.
7. Wahlkreis: Hamburg: 2 Delegierte.

8. Wahlkreis: Harburg a. E., Kiel, Lübeck, Mülln, Lönbern: 2 Delegierte.

9. Wahlkreis: Aurich, Celle, Heidmühle, Isehoe, Norden, Oldenburg, Osnabrück, Segeberg, Uelzen, Uetersen, Wilhelmshaven: 1 Delegierter.

10. Wahlkreis: Doberan, Elmshorn, Flensburg, Greifswald, Güstrow, Lübz, Neumünster, Neustrelitz, Neubrandenburg, Röbbel, Rostock, Schwerin, Stralsund, Waren: 1 Delegierter.

11. Wahlkreis: Alfeld, Göttingen, Hannover, Hildesheim, Peine: 2 Delegierte.

12. Wahlkreis: Blankenburg, Braunschweig, Clausthal, Duderstadt, Einbeck, Gernrode, Goslar, Helmstedt, Osterode, Oschersleben, Wolfenbüttel: 1 Delegierter.

13. Wahlkreis: Aschersleben, Burg bei Magdeburg, Gardelegen, Magdeburg, Neuhaldensleben, Salzwedel, Schönebeck, Stendal, Wittenberge: 1 Delegierter.

14. Wahlkreis: Chemnitz: 1 Delegierter.

15. Wahlkreis: Erfurt, Plauen i. V., Zwickau: 1 Delegierter.

16. Wahlkreis: Leipzig: 1 Delegierter.

17. Wahlkreis: Dresden: 2 Delegierte.

18. Wahlkreis: Altenburg, Gera, Halle: 1 Delegierter.

19. Wahlkreis: Eisenberg, Glauchau, Gotha, Greiz, Grimma, Meigen, Oelsnitz, Maderberg, Niesitz, Rudolstadt: 1 Delegierter.

20. Wahlkreis: Apolda, Dessau, Eisenach, Nordhausen, Sonneberg, Weimar: 1 Delegierter.

21. Wahlkreis: Arnstadt, Bernburg, Coburg, Cöthen, Frankenhäuser, Halberstadt, Ilmenau, Kahla, Langensalza, Mühlhausen i. Th., Neustadt a. Orla, Saalfeld, Sangerhausen, Schleisingen, Suhl, Wittenberg: 1 Delegierter.

22. Wahlkreis: München: 4 Delegierte.

23. Wahlkreis: Landshut, Regensburg: 1 Delegierter.

24. Wahlkreis: Ansbach, Bayreuth, Ingolstadt, Schwabach, Straubing, Traunstein: 1 Delegierter.

25. Wahlkreis: Nürnberg: 1 Delegierter.

26. Wahlkreis: Bamberg, Fürth, Passau, Rothenburg ob der Tauber: 1 Delegierter.

27. Wahlkreis: Erlangen, Kulmbach: 1 Delegierter.

28. Wahlkreis: Darmstadt, Dießen, Hof, Schweinfurt: 1 Delegierter.

29. Wahlkreis: Kalen, Aschaffenburg, Schw.-Gmünd, Würzburg: 1 Delegierter.

30. Wahlkreis: Augsburg, Kempten, Lindau, Ulm: 1 Delegierter.

31. Wahlkreis: Colmar, Freiburg i. B., Konstanz, Lahr, Lörrach, Mühlhausen i. El., Schwemmingen, Tuttlingen: 1 Delegierter.

32. Wahlkreis: Geislingen, Göppingen, Heidenheim, Leutkirch, Ravensburg, Reutlingen, Saulgau, Stuttgart, Tübingen, Waldkirch, Waldshut: 2 Delegierte.

33. Wahlkreis: Heidelberg, Heilbronn, Meß, Offenburg in Baden, Straßburg i. El.: 1 Delegierter.

34. Wahlkreis: Karlsruhe: 1 Delegierter.

35. Wahlkreis: Cassel, Eschwege, Hersfeld, Pfungstadt, Siegen, Ilms, Witten: 1 Delegierter.

36. Wahlkreis: Frankfurt a. M.: 2 Delegierte.

37. Wahlkreis: Ludwigshafen, Mannheim, Oggersheim: 1 Delegierter.

38. Wahlkreis: Coblenz, Kaiserslautern, Mainz, Firmans, Schweigen, Speyer, Trier: 1 Delegierter.

39. Wahlkreis: Aachen, Frankenthal, Hagen, Luxemburg, Saarbrücken, Solingen, Worms: 1 Delegierter.

40. Wahlkreis: Trierfeld, Duisburg, Düsseldorf, Oberfeld, Mühlheim a. d. Ruhr: 1 Delegierter.

41. Wahlkreis: Amsterdam, Andernach, Antwerpen, Brüssel, Köln: 1 Delegierter.

42. Wahlkreis: Dortmund, Essen, Wanne: 1 Delegierter.

43. Wahlkreis: Bielefeld, Bochum, Detmold, Hamm, Minden, Stadthagen: 1 Delegierter.

Der Verbandsvorstand,
H. A. M. Schel

Arbeiter, die ihre Feinde wählen!

Die preussische Wahlrechtsbewegung hat die Regierung und die bürgerlichen Parteien zur offenen Stellungnahme gezwungen. Die preussische Regierung hat durch ihren famosen Wahlrechtsentwurf offenbart, daß sie die minderbemittelte Bevölkerung nicht für würdig erachtet, im Staatswesen mitzuarbeiten. Sie ist Gegner des gleichen Wahlrechts, das dem unbemittelten Manne den gleichen Einfluß auf den Landtag einräumt, wie dem Besitzenden. Sie gibt 2 Millionen und 7 Wohlhabenden doppelt soviel Stimmrecht, als 4 Arbeitern, Angestellten, Handwerker und Kleinbauern; ja 6 der privilegiertesten Staatsbürger können 44 der übrigen niederstimmen. Die Regierung hat aber auch nicht einmal so viel Vertrauen zu ihren Staatsbürgern, um ein unbefugtes Votum derselben zuzulassen, sonst würde sie sich nicht gegen die geheime Abstimmung sträuben und sie als unannehmbar bezeichnen. Die Forderung der öffentlichen Stimmabgabe zu

Protokoll soll den Wähler daran erinnern, daß er sich jederzeit und gegen jedermann wegen seiner Stimmabgabe zu verantworten hat. Für jeden abhängigen Wähler liegt darin eine Bedrohung seiner wirtschaftlichen Existenz. Nicht einmal zu ihren eigenen Beamten, Angestellten und Arbeitern hat diese Regierung das Vertrauen, daß sie ohne öffentlichen Druck ihrer Ueberzeugung folgen dürften, denn gerade dieser Staatsangestellten und -arbeiter wegen will die Regierung die offene Abstimmung. Entrechtung und Einschüchterung aller abhängigen, nichtbesitzenden Wähler, das ist die Stellung der preussischen Regierung zum preussischen Volke. In der Preußenhymne heißt es:

„Nicht Ross, nicht Reifige
Sichern die steile Höh'
Wo Fürsten stehen!
Liebe des Vaterlands,
Liebe des freien Manns
Gründen den Herrscherthron
Wie Fels im Meer!“

Im Wahlrechtsentwurf der Regierung lautet der Text ganz anders! Da wird das eigene Volk als der Feind des Staatswohls behandelt, dessen Existenz möglichst zu unterdrücken sei. Da wird die freie Ueberzeugung des Mannes mit Füßen getreten und die Liebe zum Vaterlande berast gelohnt, daß selbst ein Pfarrer Raum öffentlich erklärte, er schäme sich, ein Preuze zu sein! Diese Regierung ist ein Feind alles dessen, was nicht durch Besitz und zivilisatorische Ueberzeugungslosigkeit legitimiert ist. Sie ist der Feind der Arbeiter und Angestellten, der Kleinrentner, Kleinkaufleute und Kleinbauern, die sie entrecht will. Sie ist das Werkzeug der „Edelsten und Reichsten“ der Nation, der Junker und Millionäre, der Konserbativen, deren Herrschaft in Preußen sie dauernd zu stützen versucht, weil diese zugleich Gegner des Reichstagswahlrechts sind und jeden Wohlrechtsraub im Reich grundtätig unterstützen würden. Es muß deshalb auch als ausgeschlossen gelten, daß ein Angehöriger der dritten Wählerklasse die konservative Partei in Reich, Staat oder Gemeinde in irgendeiner Form unterstützt. Kein Mann könnte so einfältig sein, dem Wolf sein Vertrauen zu schenken, — es kennt seinen Lohftein und meidet ihn. Und doch wählen Hunderttausende der Entrechteten und Verachteten, der Deklassierten konservative Abgeordnete! Nur politischer Unverstand, den ein Mann beschämen müßte, bildet die Erklärung für solchen Wahnsinn. Diesen Unverstand zu überwinden, wird das Werk der bis in die Tiefen des Volkes eindringenden Wahlrechtsbewegung sein, die Licht und Wahrheit bis in die düstesten Höhlen trägt und den Arnten das Bewußtsein seiner Menschenwürde wiedergibt.

Auch die bürgerlichen Parteien haben Stellung zur Wahlrechtsfrage nehmen müssen. Für ein wirklich demokratisches Wahlrecht in Preußen treten nur die Freiparteien ein, so sehr sie auch vieles von der Sozialdemokratie scheidet. Es ist dies ein erfreulicher Erfolg der Wahlrechtsbewegung, die diesen Parteien die Heeresfolge aufzwingt. Die Nationalliberalen fordern zwar die geheime Abstimmung und die direkte Wahl; auch erheißt ihr Parteinteresse eine gerechtere Wahlkreiseinteilung, die den Städten und Industriekreisen mit starkem Bevölkerungszuwachs den ihnen gebührenden Einfluß sichert. Aber sie wollen nichts von der Gleichheit aller Staatsbürger vor dem Gesetz wissen, sondern verlangen, daß die Stimmen nach Besitz, Bildung und Verdiensten gewogen werden. Vereint mit den Konserbativen und der Regierung stützen sie das Dreiklassenwahlrecht; höchstens ein Puralwahlrecht, das den Besitz privilegiert, fände Gnade vor ihren Augen. In der Landtagskommission haben die Nationalliberalen die Anträge auf Befreiung des Klassenwahlrechts, auf Herabsetzung des Wahlfähigkeitsalters, sowie auf niedrigere Maximierung der Steueranrechnung niedergelegt. Dafür unerschütterlich durch Anträge, die glücklicherweise abgelehnt wurden, den Wahlrechtsgegner der Regierung, mittels Emporhebung gewisser Wählerklassen die Entrechtung der dritten Klasse wirksamer zu gestalten, und versuchten die Drittelung der Wähler nach Wählerkreisen statt nach Stimmbezirken durchzusetzen, wodurch ebenfalls der Einfluß der Minderbemittelten geschmälert würde. Die Nationalliberalen wollten dem Volke das beleidigend-schmachvolle System der „gehobenen Wähler“ dadurch schmählicher machen, daß sie auch den sogenannten „lebenslänglichen Arbeitern“, die mindestens 12 Jahre in ein und demselben Dienstverhältnis standen, ein erhöhtes Wahlrecht sichern wollten. Das hieße die Arbeiterentlassung noch mehr in den Dienst der staatsverhaltenden Klassenpolitik stellen und neue Wahlprivilegien von Unternehmern Gnaden schaffen, — ein Hohr für alle diejenigen, die die Industrie in Zeiten des Arbeitsmangels aufs Pfahler stößt. So wenig versteht diese Partei die Volkshöhe, daß sie um des schändlichsten politischen Schwunders willen die schmerzlichsten Empfindungen derjenigen berleht, die durch ihrer Hände Arbeit das ganze Staatsgefüge eigentlich erhalten. So kann nur eine Partei mit dem Arbeiter umspringen, die die Arbeit als Quelle des Reichtums anderer schätzt, den Arbeiter in Gründe ihrer Seele aber verachtet!

Und so selten es klingen mag, — auch nationalliberale „Vollvertreter“ werden von Arbeitern gewählt. Besonders in Wahlkreisen, wo der Liberalismus noch mächtig die Kulturkampfpunkte gegen den Ultramontanismus schlägt, treiben die liberalen Drohtrohen ihre Arbeiter rücksichtslos als Stimmvieh zur Wahl. Ob diesen Arbeitern noch niemals der Gedanke gekommen ist, daß sie sich gegen ihre Klassenfeinde veründigen, — daß sie, die De-

Massen, die liberale Klassenpolitik bekämpfen, anstatt das Klassen-

und die Zentrumsparthei stützt sich auf Wähler aus...

Wähler, die Ihre verbitterte Feindschaft mit dem Reichstag...

Der christlich-gelbe Verrat in Freiburg i. Br.

Die Arbeiter und die mit ihnen verbündeten christlich-

in coram den Streikbrecher machte. Daß sich aber das...

Wald nach Ausbruch des Streites trat Hipp, wie in früheren...

Es wurden abgegeben 17 141 Stimmen...

Die Urabstimmung

Die Urabstimmung war über den Rückgang vom Tarif zum...

Bewegung im Berufe.

Lohnbewegungen. — Tarifverträge. — Differenzen.

Bräuereien. Am 20. Februar fand eine zahlreiche Versammlung...

Daß die Arbeiter sich für eine einheitliche Aktion vereinigen...

Berlin. Der Verein der Brauereien hat die Tarifverhandlungen...

Wien. Mit dem Stand der Tarifbewegung beschäftigt sich...

Bei der letzten Versammlung beschäftigte sich eingehend...

Nicht viel besser ergab es den Kollegen der G. Beckens...

um der grenzenlosen Ausbeutung dieser Leute durch einige...

Die Versammlung war über den Rückgang vom Tarif zum...

Die heute im Volkshaus tagende überaus stark besuchte...

Malzfabriken.

Bruchsal. Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in den Malz-

Neben dieser besonderen Vorschrift für Tennennälgerien...

Bei Schrag u. Söhne werden jeden Sonntag Darren abge-

Korrespondenzen.

Amsterd. Die letzte Versammlung beschäftigte sich eingehend...

Nicht viel besser ergab es den Kollegen der G. Beckens...

geringer Teil erschienen ist, so muß man daraus schließen, daß das Organisationsleben der Dessauer Brauereiarbeiter vollständig abgebrochen ist. Wir treten an Orte in eine Lohnbewegung ein, deshalb müßte es jeden Arbeiter antzwecken, seine Lage zu verbessern, in die Organisation einzutreten. Vor 20 Jahren war noch nicht daran zu denken, Lohnsätze abzuschließen. Zwar hat man schon versucht, mit geringen Forderungen an die Unternehmer heranzutreten. Als diese aber erfuhr, daß eine Verammlung stattgefunden hat, in welcher auch Mißstände zur Sprache kamen, da drohte man schon mit Entlassungen. Nedner führte hier ein Beispiel an. Den Unternehmern ist es auch noch gar nicht eingefallen, trotz der hohen Lebensmittelpreise, gutwillig mehr zu geben, sondern die Arbeiter sollen bei Lohn- und Arbeitsverträgen selbst mitwirken. Im weiteren kritisierte der Redner den Verrat des Zentrums an der Arbeiterklasse, welches im Jahre 1902 den Holstner bewilligte, und es wurde schon in vielen Versammlungen darauf hingewiesen, daß die Brauereiarbeiter dadurch geschädigt wurden. Als aber dann später noch die Erhöhung der Brauereiersteuer hinzukam, da ja auch die „Bundes-Zeitung“ das Bier als Luxusartikel bezeichnen, da hat man hunderte Brauereiarbeiter auf Straßenspieler gesetzt. Der Reichstag hat eine Entschädigung dieser Brauereiarbeiter abgelehnt. Wäre die Organisationsleitung nicht bemüht gewesen, überall Vereinbarungen zu treffen, daß bis zum 1. Mai 1910 Entlassungen wegen Konsumrückganges nicht stattfinden sollen, so wäre das Elend unter den Brauereiarbeitern noch viel größer. Trotz der Krise ist die Mitgliederzahl des Verbandes nicht zurückgegangen, sondern gestiegen. Nedner kommt dann noch auf die Höhe am Orte zu sprechen, wo in einem Musterbetrieb noch Einstellungspläne der Hilfsarbeiter von 22 Mt. bestehen, in anderen Betrieben aber gar nur 19,50 Mt. und 18 Mt. gezahlt werden. Es ist unmöglich, bei diesem Lohn ein menschenwürdiges Dasein zu führen.

Zu der Diskussion behauptete Kollege Stelzer mit Recht, daß es nur an der schwachen Organisation liege, wenn nicht mehr erreicht werde, denn der Unternehmer weiß ganz genau, wer und wie er organisiert ist. Die Abrechnungen in den Brauereien haben bewiesen, daß die Löhne sind, höhere Löhne zu zahlen. In seinem Schlusswort weist Kollege Ebel noch darauf hin, daß er kein großer Freund von vielen Versammlungen sei, denn in diesen erscheinen nur meistens ältere zielbewusste Arbeiter, sondern mehr Hausagitation muß betrieben werden; dadurch sind noch Mitglieder zu gewinnen.

Dresden. Aus dem Jahresbericht, den Kollege Wolter in der von circa 1000 Mitgliedern besetzten Generalversammlung gab, ist zu entnehmen, daß das Jahr 1909 mit seinen ganzen Vorkommnissen für die Dresdener Brauereiarbeiter insbesondere ein gutes zu nennen war. Das Bestreben der Dresdener Brauereiarbeiter sei darauf gerichtet, die Arbeitskraft des einzelnen aufs höchste auszubilden. Dies sei vor allem daraus zu entnehmen, daß die Krankheitsziffern in ganz enormer Weise gestiegen seien. Aber nicht dieses allein, auch an den vielen Unfällen, die im vergangenen Jahre zu verzeichnen gewesen seien, sei zu konstatieren, daß man verjuche, ein recht verwerfliches System in der Dresdener Brauereien Eingang zu verschaffen. Es sei dies vor allem aus dem Grunde zu erkennen, daß eine Einstellung von Arbeitskräften nicht erfolgt sei, trotzdem daß durch freiwillige Austritte, Entlassungen, Todesfälle die Zahl der Beschäftigten um ein ganz erhebliches abgenommen habe. Daraus sei auch zu erkennen, daß die Mitgliederzahl, trotz intensiver Agitation, zurückgegangen sei. Nur durch das Eingreifen der Organisation konnte weiteren Entlassungen vorgebeugt werden.

Uebersiehend auf die allgemeine Tätigkeit, wies Nedner darauf hin, daß durch Entlassungen, Streitigkeiten und sonstige Differenzen ein Verhandeln mit den Unternehmern sich 4mal notwendig machte. Außer 4 Entlassungen, die nicht rückgängig gemacht werden konnten, erledigten sich sämtliche Differenzen zu unseren Gunsten. Wohnbewegungen fanden im Berichtsjahr in Wahren, Schönau und in einer Wierhandlung in Dresden statt. Erreicht wurde bei denselben für 90 Beschäftigte eine Lohnserhöhung von 5300 Mark pro Jahr. Fünfe Verwaltungangelegenheiten wurden in 17 Verhandlungen erledigt, während zur Klärung, Beseitigung der Agitation in Wahren, Dresden, Pirna, Ebnau, Schönau und Bittau 47 Versammlungen abgehalten wurden. Außerdem fanden noch in Dresden 71 Betriebsversammlungen statt. Die Korrespondenz war eine recht lebhafte. An Ausgängen waren zu verzeichnen insgesamt 2414, an Eingängen 1017.

Der gegebene Kasassenbericht weist für die Hauptkasse eine Einnahme von 37 533,44 Mt. und eine Ausgabe von 18 172,14 Mt. auf, so daß 19 361,30 Mt. abgefunden werden konnten. Die Lokalkasse zeigte ein Mehr von 3894,24 Mt., so daß das Vermögen der Lokalkasse am Schlusse des Jahres 13 929,76 Mt. beträgt. Ausstellungen an dem Bericht wurden nicht gemacht.

Nach Erledigung der Wahlen wurde das Verhalten des Brauereimeisters Niemer jun. vom Plauenischen Lagerkeller einer Kritik unterzogen. Dieser Herr setzt sich nicht zu versuchen, alle Arbeiter als das zu behandeln, was er selbst noch darstellt. Denn seine praktischen Erfahrungen, die er immer zum besten gibt, und seine Kenntnisse im allgemeinen lassen darauf schließen, daß es angebrachter wäre, selbst mit Hand anzulegen, als daß er anderen erfahrenen Leuten Vorklappen in bezug auf ihre Fähigkeiten macht. Des weiteren wurde aus demselben Betriebe über einen Unfall berichtet, der einem dort beschäftigten Kutcher Sonabend's nachts 12 Uhr beim Bierabladen zugestoßen ist. Es wurde betont, daß dieser Unfall nur auf die überlange Arbeitszeit zurückzuführen sei. Mäßig wurde betont, würden die Kollegen mehr Einigkeit an den Tag legen, könnte diesem Treiben dieser bekannten Geschäftsleitung bald ein Ende bereitet werden. Nach einem kurzen Schlusswort, die Kollegen ermahnen, im kommenden Jahre ihre Pflicht zu erfüllen, wurde die gut besuchte Versammlung mit einem Hoch auf den Brauereiarbeiterverband geschlossen.

Eisenach. Am 22. Januar fand unsere Generalversammlung statt. Nach dem vom Vorsitzenden gegebenen Jahresbericht fanden 18 Versammlungen, darunter 3 Betriebsversammlungen, statt; ferner 9 Vorstandssitzungen. Die Ausgänge beschäftigten sich auf 148, Eingänge waren 104. Alsdann gab der Kassierer die Quartals- und Jahresabrechnung. Die Jahreseinnahme betrug 2417,50 Mt., die Ausgabe 604,86 Mt., an die Hauptkasse wurden abgefunden 1808,44 Mt. An Krankenunterstützung wurden gezahlt 274 Mt., an Arbeitslosenunterstützung 70 Mt. Der Mitgliederbestand war am Schlusse des Jahres 91. Vorstand und Kassierer wurden einstimmig entlassen. Nach der Wahl des Vorstandes und Entgegennahme des Karteiberichts stand der Antrag eines Kollegen auf Wiederannahme zur Verhandlung. Hiermit soll sich eine Betriebsversammlung beschäftigen. Ferner wurde bekannt gegeben, daß sich drei freiwillig organisierte Heizer von der Aktienbrauerei bei uns haben aufnehmen lassen; hoffentlich folgen diesem Beispiel auch die anderen, damit endlich diese Verplitterung in Eisenach verschwindet. Der Vorsitzende ersuchte die Kollegen, auch in diesem Jahre in bezug auf Organisation und Agitation ihre volle Pflicht und Schuldigkeit zu tun im Interesse des Verbandes und im eigenen Interesse.

Harburg. Unsere Generalversammlung hatte sich eines überaus guten Besuches zu erfreuen. Kollege Wasserthal gab die Abrechnung der Zentralkasse und der Lokalkasse vom vierten Quartal bekannt, die für richtig befunden wurden. Sodann erfolgte die Wahl des gesamten Vorstandes. Unter Verschiedenem rügte die Versammlung den Fall betreffs der Frauen. Da dieselben laut Gewerbeordnung des Sonnabends nur 8 Stunden arbeiten dürfen, ist ihnen seitens der Harburger Aktienbrauerei 1 1/2 Stunde vom Wochenlohn abgezogen worden. Auf der Brauerei Gastert ist kein Lohnabzug gemacht worden, die Frauen müssen aber eine halbe Stunde über die gesetzliche Zeit arbeiten. Die Versammlung beschloß, daß in dieser Sache der Arbeiterschutz vorzuziehen werde.

Miel. Unsere Generalversammlung fand am 28. Januar statt. Nachdem die Aufnahmen folgten und der Karteibericht erstattet war, wurde der Kasassen- und Geschäftsbericht für das Jahr 1909 gegeben. Die Einnahmen der Zentralkasse im Jahre 1909 be-

trugen 18 165,85 Mt. Davon wurden an die Hauptkasse eingekandt 3829,57 Mt. Um Orte wurden 14 336,28 Mt. verbraucht; darunter an Arbeitslosenunterstützung 5527,60 Mt., an Krankenunterstützung 8510,40 Mt., an Sterbegeld 135 Mt., an Streikunterstützung 697,75 Mt., an Gemäßregelunterstützung 687,80 Mt. Die Lokalkasse hatte am Schlusse des Jahres einen Bestand von 1429,98 Mt.; im Jahre 1909 wurden daraus an Leilende 755,55 Mt. gezahlt. Die Mitgliederzahl ist durch Abwanderung und Uebergang zu anderen Berufen um etwas gesunken und betrug am Schlusse des Jahres 695. Von diesen sind 618 länger als ein Jahr, 99 länger als zehn Jahre Mitglied. Trotzdem alle Mittel angewandt werden mußten, um die durch die Bierpreiserhöhung mit ihren Folgen geschädigten Kollegen zu unterstützen, konnten noch 513,65 Mt. zur Unterstützung an die Schweden abgeliefert werden. Im verflossenen Jahre fanden 30 Mitglieder- und 48 Betriebsversammlungen statt. Verhandlungen wegen Differenzen waren 30 zu verzeichnen. Die Gewerbeinspektion mußte in drei Fällen angegangen werden. In einem Fall handelte es sich um einen äußerst mangelhaften Frühstücksraum, in zwei Fällen um Ausbändigung des Lohnvertrags. Eingänge von Briefen usw. waren 358 und Ausgänge 1876 zu verzeichnen. Lohnbewegungen fanden 4 mit Erfolg statt. Daran waren 677 Mitglieder beteiligt. Der durch die Bierpreiserhöhung mit ihren weiteren Folgen verursachte Lohnausfall betrug für die geschädigten Kollegen und Kolleginnen rund 13 000 Mt.

Wenn auch das Jahr 1909 ein ziemlich schweres für uns war und wir manden Streiter für die gute Sache verloren haben, so wird uns das neue Jahr doch gerüstet finden. Mögen die Kollegen nicht vergessen, kräftiger denn je zu agitieren.

Milchheim. Berichtigung. Im Versammlungsbericht in letzter Nummer muß es heißen: „Der Mitgliederbestand betrug Ende 1908 330 (nicht 33).“

Landshut. Am 29. Januar fand unsere Generalversammlung statt. Nach dem Tätigkeitsbericht, den Kollege Reithberger erstattete, wurden abgehalten 16 Versammlungen, 12 Vorstandssitzungen und 13 Betriebsbesprechungen. 48 mal wurde in Landshut und Umgebung von den verschiednen Kollegen Agitation unternommen und dreimal erfolgte Hausagitation mit Erfolg. Die Zahl der Mitglieder ist von 137 auf 250, also um 113 im letzten Jahr gestiegen. Nach dem Kasassenbericht, den Kollege Schrems erstattete, betragen die Einnahmen für 1909 3541,40 Mt., die Ausgaben 1299,56 Mt., darunter 685,80 Mt. für Unterstühtungen; an die Hauptkasse wurden gezahlt 2241,94 Mt. Verhandlungen mit den Unternehmern in Landshut wurden 18 geführt, zehnmal in Anwesenheit des Betriebsleiters. Es handelte sich größtenteils um Nichtzahlung des Tarifes, Behandlung der Arbeiter, Wohnungsfragen, Entlassungen, Sonntagarbeit, sanitäre Einrichtungen und Bierfahrerangelegenheiten. Der Bericht befriedigte allgemein. Nach Erledigung der Wahlen wurde beschlossen, zu jeder Versammlung durch Handzettel einzuladen, damit ein jedes Mitglied zur Stelle ist. Die Versammlung sprach, alles daran zu setzen, in diesem Jahre auch die Kollegen um Landshut zu gewinnen. Nachdem Kollege Schrems die Verschmelzung mit dem Verbande der Mühlenarbeiter besprochen, wurde das Verhalten des Brauereimeisters A t t e n k o f f e r der Fleischmahnbrauerei einer herben Kritik unterzogen. Kollege Schrems verlas das vom Brauereimeister erhaltene Schreiben, und wurde beschlossen, wenn der Brauereimeister die alten Leute noch weiter so behandelt, dieses dem Kartell und einer Volksversammlung zu unterbreiten und alle die Neuzugänge Attenkoffers bekanntzugeben. Attenkoffers ist nur der Schafmacher seines Prinzipals, die Folgen hat der Befehl einmal selbst zu tragen. Kollege Ostermeier berichtete über die Hausagitation bei den drei Bierfahrern vom Gollerbräu. Troddem sie die Erfolge des Verbandes für sich in Anspruch nehmen, bestehn sie nicht sotel Pflicht- und Ehrgefühl, sich dem Verbands anzuschließen. Auch wurde wiederholt das Verhalten des „Kollegen“ O b e r m ü l l e r s scharf kritisiert, der in bezug auf Biernehmern ein Vorrecht hat. Es wird daran zu erinnern sein, wenn einmal ein anderer wegen einer geringfügigkeit gestraft wird. Mit der Auforderung des Bezirksleiters Schrems zum festen Zusammenhalt, zur Unterstützung der Arbeiterpresse und zum Anschluß an den Bürgerrechtsverein erfolgte Schluß mit einem Hoch auf den Verband.

Subwischhofen. Am 30. Januar fand unsere diesjährige Generalversammlung statt. Nach dem vom Vorsitzenden gegebenen Jahresbericht fanden 26 Versammlungen statt, darunter 3 Betriebsversammlungen und 6 Mälgereiarbeiterversammlungen. Der Kasassenbericht ergab eine Jahreseinnahme von 3425,40 Mt., eine Ausgabe von 1199,48 Mt.; an die Hauptkasse wurden gezahlt 2225,92 Mt. Der Abschluß eines Tarifvertrages mit den Brauereien in Mannheim-Subwischhofen sowie mit den zur Zahlstelle gehörenden Mälgereien machte 10 Verhandlungen notwendig. Der alte Vorstand wurde mit wenigen Änderungen wiedergewählt.

Wains. Unsere Generalversammlung fand am 29. Januar im „Goldenen Pflug“ statt. Kollege Gerner gab den Tätigkeitsbericht des Vorstandes für das Jahr 1909, welches durchweg im Zeichen des Kampfes stand. War es doch, trotz 10 monatlicher Verhandlungen nicht gelungen, bessere Lohn- und Arbeitsverhältnisse tariflich festzulegen; alle friedlichen Verjuche scheiterten an der kategorischen Erklärung der Mälinger Brauindustrie: „Vor Erledigung der Braueraltkassenangelegenheiten im Reichstage gibt es nichts.“ Unmöglich konnte die Arbeiterschaft sich diese Behandlung noch dauern dieten lassen; waren die miserablen Lohn- und Arbeitsverhältnisse in Mainz doch geradezu sprichwörtlich geworden und drohten zu einem Genemnis für weitere Bewegungen im Reich zu werden. Was unsere Mälinger Unternehmern nicht gutwillig gewöhnten, mußte durch siebenwöchentlichen Streik, unterstützt durch die Sympathie der gesamten Bevölkerung, erzwungen werden. Grobhartige Erfolge sind erzielt worden; mit alten verrotteten Zuständen wurde aufgeräumt. Den Mälinger Brauereien ist es hoffentlich eine Lehre, daß man die Erbitterung der Arbeiterschaft nicht ungestraft auf die Spitze treiben darf. Trodder wirtschaftlichen Erfolge sind unsere Bemühungen, die indifferenten Kollegen für unsere Organisation zu gewinnen, umsonst gewesen. Die allgemeine Arbeitslosigkeit am Orte in der Gesamtindustrie und übergroße Furcht vor Arbeitslosigkeit hält die Kollegen vielfach vom Anschluß an die Organisation zurück. Betriebsversammlungen wurden abgehalten, sie waren durchweg schlecht besucht; Hausagitationen, welche vorgenommen wurden, brachten ebenfalls nicht den erhofften Erfolg. Mit dem neuen Jahre soll eine neue Methode angewendet werden und ist Aussicht, daß dieselbe mehr Erfolg hat.

Die infolge der Brauereierhöhung eintretende Bierpreiserhöhung zeitigte eine lebhafteste Uebelbewegung seitens der Konsumenten. Die Brauereien verjuchten sich schadlos zu halten durch Einschränkung von möglichst viel Feierstücken; also auch hier wieder bekommt der Arbeiter den Segen der „Finanzreform“ an eigenen Leibe zu spüren. Gerade bei diesem Anlaß bewies sich die Notwendigkeit der Organisation glänzend. Zahlte doch die Zahlstelle Mainz-Wiesbaden im 4. Quartal 1909 nicht weniger als 1688,66 Mark an Unterstützung für Kollegen aus, welche Opfer der „Finanzreform“ wurden. Nicht weniger als 1125 Arbeitslose gingen unsern organisierten Kollegen im vierten Quartal verloren.

Lohnsätze wurden mit den Mälzfabriken in Merxheim und Stoffheim abgeschlossen. Differenzen waren im Laufe des Geschäftsjahres eine Menge zu schließen; so machte sich persönliches Vortrefflichwerden 6mal erforderlich. Außerdem mußten wir 5mal schriftlich auf Abschaffung von Mißständen drängen. Vorstand und Vertrauensmännern wurden 17 abgehalten, Lohnkommissionssitzungen 21, Mitgliederversammlungen wurden in Mainz abgehalten 11 und in Wiesbaden 10; Geschäftsversammlungen und Besprechungen 72, öffentliche Versammlungen fanden statt in Mainz 6 und in Wiesbaden 1. Der Markennutzen betrug 11578 in der ersten Beitragsklasse und 624 in der zweiten. Die Einnahmen der Hauptkasse betragen 5971,70 Mt., die Ausgaben 6094,81 Mt. Die Einnahmen der Lokalkasse inklusive Kasassenbestand waren 2188,92 Mt., die Ausgaben 1250,24 Mt., mithin Kasassenbestand 938,68 Mt. Auf Sammelstellen für die Streikenden wurden in Mainz 1170,20 Mt. aufgebracht. Die Zahlstelle Frankfurt hat den

Streikenden 302,16 Mt. überwiesen, was hiermit dankend erwähnt sei.

Die Geschäftslage in den Mälzfabriken ist halb noch schlechter als in den Brauereien. Einzelne Betriebe und gerade die größten arbeiten nur in beschränktem Maße. Wenn es trotzdem möglich war, mit zwei Mälzfabriken Tarife abzuschließen und bedeutende Vorteile für die Kollegen herauszuholen, so beweist dies am besten den Wert und Nutzen der Organisation. Auch im neuen Jahr ist an der Besserstellung der Lage unserer Kollegen von Mainz-Wiesbaden und Umgebung viel zu tun; die beste Gewähr, daß dies in ausgiebigstem Maße gelingt, ist eine starke, ausgebautere Organisation. Deshalb auf Kollegen, helfe mit in der Agitation, rüttelst die Indifferenten auf und führt den letzten Mann der Einheitsorganisation; dem Brauereiarbeiterverband, zu dem können wir ruhig im neuen Jahr allen Eventualitäten entgegensehen.

Milchhausen i. Elb. Unsere Generalversammlung fand am 16. Januar statt. Borerst erstattete der Kassierer die Quartals- und Jahresabrechnung. Die Gesamteinnahmen betragen 2390,36 Mark, die Ausgaben 725,34 Mt., an die Hauptkasse wurden gezahlt 1665,01 Mt. Nach dem vom Vorsitzenden gegebenen Tätigkeitsbericht fanden 10 Versammlungen und 11 Betriebsversammlungen statt; ferner eine Reihe Sitzungen zur Erledigung der Zahlstellenangelegenheiten. Die Mitgliederzahl betrug am Schlusse des Jahres 90. Trotz des Bierhochs, der über 7 Monate mit voller Schärfe hier durchgeföhrt wurde, ist die Mitgliederzahl nahezu auf der alten Höhe geblieben. Es ist das nur der geschlossenen Organisation zu verdanken, die manche Schwierigkeiten überwinden konnte. Einige Kollegen sind halt Opfer der Brauereierpolitik geworden. Des weiteren wurde noch berichtet über den Tarif der Mälzfabriker Brauerei, der wieder erneuert wurde und den Kollegen eine Reihe von Verbesserungen brachte; mit dem Erfolg können die Kollegen voll aufzrieden sein, und wird es ihre Aufgabe sein, die Organisation noch mehr zu befestigen, um auch in Zukunft ihre Verhältnisse besser zu können. Das gilt auch für die Kollegen der Lutterbacher Brauerei, deren Tarif im Herbst abläuft, wenn sie ihre Verhältnisse wieder tariflich geregelt und verbessert sehen wollen. Auch die Kollegen der Brauerei Deggermann mußten sich infolge des Bierkrieges mit ihren alten Tarifverhältnissen eintrösten noch aufrieden geben. Es wurde auch schon verschiedene Male besucht, die Arbeiter und Führer in den Bierdepots für die Organisation zu gewinnen und wäre es endlich Zeit, daß auch diese Kollegen sich endlich aufraffen, um ihre kieszrartige Lage zu verbessern; das kann nur geschehen, wenn sie sich Mann für Mann dem Brauereiarbeiterverbände anschließen. Der Vorsitzende forderte die Kollegen auf, sich mehr der Agitation zu widmen und nicht alles einzelnen zu überlassen, auch den Versammlungsbesuch zu fördern, damit auch Milchhausen eine Musterstätte der Organisation werde.

München. In der am 27. Januar stattgefundenen Generalversammlung erstattete Kollege Jacob den Jahres- und Tätigkeitsbericht. Aus demselben ist zu entnehmen, daß das verflossene Jahr wie das vorhergehende ein Jahr mühevoller Arbeit war. Am 18. Januar 1909 ist nach neuntägigen Verhandlungen der Tarif für die Zeit 1909 bis 1. Januar 1913 abgeschlossen worden. Die Herren Arbeitgeber waren sehr hartnäckig, wie aus den Preisberichten des Vorjahres zu sehen ist, jedoch wurden für die Arbeitnehmer nicht unbedeutende Verbesserungen erzielt, die in dem gedruckten Jahresbericht spezifiziert angeführt sind. Eine unserer besten Errungenschaften dürfte die Anerkennung des Gewerbegerichts als Einigungsamt sein. Eine leidige Frage war es für die verantwortlichen Vertreter des Verbandes beim abgelaufenen Tarifvertrag, wo über Recht oder Unrecht nur der Ortsverband der Arbeitgeber glaubte entscheiden zu können. Unbestimmt um die Rechte der Arbeiter wurde den Arbeitervertretern mitgeteilt, der Ortsverband hat beschlossen, ihren Wünschen und Angaben nicht stattzugeben zu können. Ein Beweis, wie notwendig zur Regelung der verschiedenen Auslegungen der Vertragspartei das Einigungsamt war, geht aus dessen Tätigkeit im ersten Tarifjahr hervor, denn es mußte nicht weniger als sieben Sitzungen von je 4-5 Stunden abhalten. Die Resultate können wir des großen Umfangs halber hier nicht geben, sie würden den Mitgliedern einzeln im Druck ausgehändigt. Die Regelung der nichtgesetzlichen Feiertage ist immer noch nicht zufriedenstellend und es wäre sehr zu wünschen, wenn mit gegenseitigem Einverständnis eine nochmalige eingreifende Durcharbeitung dieser Frage erfolgen könnte. Ein Teil der Brauereien kann sich sehr schwer dazu verstehen, daß die Arbeiter als gleichberechtigte Kontrahenten zum Vertragsverhältnis stehen, sie greifen zu allen möglichen Auslegungen des Tarifes, und nur durch besonnenes tatvolles Vorgehen und Zusammenstehen der Arbeiter kann Abwehr erfolgen.

Unterhandlungen haben stattgefunden wegen Nichtzahlung der festgesetzten Arbeitszeit 13, wegen Ueberschreitung der Sonntagarbeit und Ueberstunden 16, wegen Nichtzahlung der Vergütung bei Krankheit 12, wegen Nichtgewährung des Urlaubs 7, wegen ungedeher Entlassung und Maßregelung 23, wegen Angriffe auf das Koalitionsrecht 14, in verschiednen Angelegenheiten 70, im Summa 156. Davon waren von Erfolg 110, keinen Erfolg hatten 45.

Mit dem Kreisverband oberbayerischer Landbrauereien, der sich gegründet hat, wurden wegen Abschluß des Bezirks- und Zonen-tarifs 16 Verhandlungstage erforderlich.

Versammlungen und Sitzungen haben im Berichtsjahr im ganzen 501 stattgefunden, davon sind 205 nur Betriebsversammlungen. Nach Monaten eingeteilt fanden Versammlungen statt: Januar 31, Februar 43, März 42, April 46, Mai 40, Juni 44, Juli 24, August 32, September 46, Oktober 57, November 49 und Dezember 42. Korrespondenzen und Drucksaften sind eingelaufen insgesamt 3720. Ausläufe waren vom Bureau zu verzeichnen in Summa 5897. Der Mitgliederstand beträgt 9220 männliche und 199 weibliche. An Einnahmen hatte der Verband zu verzeichnen 83 852,75 Mt. An die Hauptkasse wurden abgefunden 39 744,22 Mt. Von den Ausgaben haben wir hervor: die Krankenunterstützung für die Mitglieder 16 202,50 Mt., Arbeitslosenunterstützung 4752,45 Mt., Gemäßregelunterstützung 1873,75 Mt. Die Lokalkasse weist einen Stand auf am 1. Januar 1910 von 9111,92 Mt.

Die Kollegen wollen mit uns befreundet sein, auch in diesem Jahre die Interessen der Brauereiarbeiter zu wahren und geloben wir uns, in diesem Sinne zu handeln. Alles muß daran gesetzt werden, die Organisation auszubauen, um dem isolierten Unternehmern eine Macht entgegenzusetzen, die sie zwingt, die uns zustehenden Rechte anzuerkennen.

Rosen. Zum ersten Male fand hier eine Brauereiarbeiter-versammlung statt. Dieses außergewöhnliche Ereignis hatte die Betriebsleitung der Neuen Roseener Brauerei ganz aus dem Häuschen gebracht, sie hatte nach der Versammlung einen ihrer Kontorangestellten als Spitzel geschickt, welcher wahrheitsgetreu berichten sollte, was über die Zeitung dieser Brauerei dort gesagt werden würde. Ihre Leute hatten sie schon einmal, als eine Versammlung stattfinden sollte, Sonntag's nachmittag in die Brauerei bestellt, so auch diesmal wurden die Kutcher des Sonntags nachmittag, um sie von der Versammlung abzuhalten, nach der Brauerei bestellt.

Gauleiter Klippel hielt einen Vortrag über den Wert und die Aufgabe des Brauereiarbeiterverbandes und stellte Vergleiche an, wie äußerst traurig die Lohn- und Arbeitsverhältnisse gegenüder anderen Großstädten in Rosen noch sind. Der Redner legte den Anwesenden so recht deutlich klar, das niemand ihnen helfen werde außer dem Brauereiarbeiterverband. Im weiteren benutzte er die Zeitung der Neuen Roseener Brauerei, welche ein schlechtes Geschloßen und große Angst haben müsse, sonst würde sie die Arbeiter in den Versammlungen nicht beistimmen lassen. Dem anwesenden Spitzel wurde bedeutet, das es nicht gerade eine Ehrensache sei, die Arbeiter, welche ein größeres Stück Brot sich erkämpfen wollen, in dieser Weise auszuliefern. Der größte Rump im ganzen Land, das ist und bleibt die Denunziation. Dieses Versöhen durfte er sich vor der ganzen Versammlung lassen.

ben zwecks Regelung des Zappens, der Tarifumgehungen und Entlassung noch vier Vorstandsmitglieder...

Wiesbaden. Die Generalversammlung vom 23. Januar war sehr gut besucht. Es ist dies recht erfreulich und zeigt von Interesse für die Brauerei...

Rundschau

Wohlfahrtspläne

Wenn mancherlei sogenannten Wohlfahrtsvereine innerhalb des Betriebes preisen große Betriebe und Werke ihre für die Arbeiter erbauten Wohnungen als Vollkommenheit sozialer Arbeiterfürsorge...

Nachdem der von uns liegende Mietsvertrag, den die Brauerei Friedrich zu Warop bei Dortmund mit den Mietern ihrer Arbeiterwohnungen abgeschlossen...

Ein „Zweckstifter“ und „Besitzer“
In Herbst vergangener Jahre wurden aus dem beschlossenen Vorkauf (Umkauf) der Brauerei Biedel in A.S.

Agitationsweise „christlicher“ Führer.
Zur Bekämpfung der freien Gewerkschaften haben sich in Passau der Volksverein für das katholische Deutschland, die christlichen Gewerkschaften und die Unternehmer zusammengeschlossen...

Die Organisation der Konsumenten.
In Nr. 15 der „Sozialen Praxis“ schreibt Herr Justizrat Dr. Fuld in Mainz über „Konsumentenkartelle“...

Der Grundgedanke, von dem Herr Dr. Fuld ausgeht: Die Organisation der Konsumenten sollte ein Korrelat der Kartellorganisation der Produzenten sein...

Literatur

Im Verlag von J. G. B. Diez Nachf. in Stuttgart ist soeben erschienen: Die Frau und der Sozialismus...

Zubälans-Ausgabe. XXXII und 519 Seiten. Preis broschiert 2,50 Mk., gebunden 3 Mk.
„In Freien Stunden“ In dem soeben erschienenen Heft 2 des 14. Jahrganges gelangt die erste Fortsetzung des Romans „Die Abendburg“...

Verbandsnachrichten

Verbandsbur.: Säckerstr. 6 IV, Berlin O. 27. Fernspr.: Amt VII, 276.
Diese Woche ist der 9. Wochenbeitrag fällig.
Mittteilungen der Hauptverwaltung.
Fragebogen.

Eingänge der Hauptkasse

Für Beiträge: Jagna 2.—, Weyreuth 150.—, Gernrode 35.—, Wittenberg 2.—, Düsseldorf 118,37, Forst 1, Laußitz 43,24, Gostlar 6.—, Sonneburg 100.—, Salzwedel 100.—...

Materialverband

Buchum 30 Mitgliedsbücher, Hof 40 Mitgliedsbücher, Amsterdam 100 Markten a 30 Pf., Schweinfurt 2000 Markten a 50 Pf., Kasselburg 50 Mitgliedsbücher...

Aus den Bezirken und Zahlstellen

Gamm. Kassierer W. Sterzenbach zahlt Unterstützung von 6-8 1/2 Uhr auf der Brauerei Jernbeck, Lindenstraße, Vorhänger M. Erhardt, Damerstr. 38, Kassierer Th. Seiffig...

Veranstaltungen

Sonnabend, den 26. Februar.
Amsterdam, 8 Uhr Hotel Rotterdam, Besserpolein, Gostlar.
Sonntag, den 27. Februar.
Dortmund, 3 Uhr Gewerkschaftshaus, Ede Leibniz- und Seiffingstraße...

Briefkasten

Zur vorwöchigen Nummer sind wieder mehrere Verbandsmitteilungen eingelaufen. Wir machen wiederholt darauf aufmerksam, daß die Anzeigen spätestens Montagmittag 12 Uhr im Händen der Redaktion sein müssen.

Advertisement for 'Brauerei-Augsburg' including details about meetings, subscriptions, and contact information for various branches.

Advertisement for 'Braner-Holzschuh' featuring a shoe illustration and text promoting quality footwear and services.

Advertisement for 'Joh. Harders', a shop or business located in Altona, listing various goods and services.

Advertisement for 'X. Englmliller, Seiderei', advertising high-quality fabrics and clothing.

Bräuereiarbeiter-Zeitung

Organ für die Interessen der Arbeiter in der Getränke-Industrie
Publikationsorgan des Zentralverbandes deutscher Bräuereiarbeiter und verwandter Berufsgenossen

Erscheint wöchentlich am Sonnabend.
Bezugspreis vierteljährlich 2,10 M., unter Kreuzband 2,70 M.
Eingetragen in die Postzeitungsliste.

Verleger und verantwortl. Redakteur: Fr. Krieg, Lichtenberg-Berlin
Redaktion und Expedition: Berlin O. 27, Schillerstraße 6
Druck: Vorwärts Buchdruckerei Paul Singer & Co., Berlin SW. 68

Insertionspreis:
die sechsgespaltene Kolonnenzeile 40 Pfg., für Mitglieder 30 Pfg.
Schluß für Inserate: Montag Mittag 12 Uhr.

Die gegenwärtige Krise in der Brauindustrie macht es jedem Arbeiter in der Brauindustrie zur Pflicht, sich zum Schutze seiner Interessen dem Bräuereiarbeiterverband anzuschließen!

Bekanntmachung betreffend Wahl der Delegierten zum 17. Verbandstage.

Wie in Nr. 6 der „Bräuereiarbeiter-Zeitung“ bekanntgegeben wurde, findet der 17. Verbandstag des Zentralverbandes deutscher Bräuereiarbeiter und verwandter Berufsgenossen am 7. Juni und folgende Tage im Gewerkschaftshaus in Berlin statt. Die

Wahl der Delegierten

erfolgt für den gesamten Verband am Sonntag, den 10. April,

in der Zeit von vormittags 10 Uhr bis abends 6 Uhr in den von dem jeweiligen Wahlstellenvorstand bestimmten Wahllokalen.

Für die Wahl, die geheim ist und durch Stimmzettel erfolgt, gelten die Bestimmungen des Wahlreglements, wie es auch in Nr. 4 der „Bräuereiarbeiter-Zeitung“ zur Urabstimmung betr. Verschmelzung mit dem Mühlenarbeiterverband veröffentlicht ist, nur mit dem Unterschied, daß es sich dort um eine Urabstimmung und jetzt um eine Wahl handelt.

Die Abweichungen bzw. Ergänzungen bei der Wahl der Delegierten gegenüber der Urabstimmung sind folgende:

Die Kandidaten sind in Mitgliederversammlungen aufzustellen. Um größere Stimmengruppierungen zu vermeiden, können sich die zu einem Wahlkreis zusammengezogenen Wahlstellen vorher über den oder die Kandidaten verständigen.

Die Vorschlagsliste ist, mit dem Namen des oder der Kandidaten des Wahlkreises versehen, im Wahllokal auszuhängen.

Die Stimmzettel sind in den Wahlstellen selbst herzustellen und mit dem Wahlstellenstempel zu versehen. Die Wahlstellen haben auch ihren Zweigstellen entsprechend der Zahl der dortigen Mitglieder, abgestempelte Stimmzettel auszustellen.

Stimmzettel sind ungültig:

wenn sie nicht mit dem Wahlstellenstempel versehen sind;
wenn sie mehr Namen enthalten, als Delegierte in den Wahlkreisen gewählt werden dürfen;

wenn geschriebene Namen so unleserlich geschrieben oder verwischt sind, daß nicht zu erkennen ist, wer damit gemeint sein könnte;

wenn drei oder mehrere ineinandergesetzte Stimmzettel abgegeben werden, sind diese sämtlich ungültig.

Wenn in einem Wahlkreise nur soviel Kandidaten aufgestellt sind, wie gewählt werden müssen, so sind auch

Erfaszmänner

aufzustellen und gilt die Vertretung nach der Stimmenzahl.

Bei gleicher Stimmenzahl der Delegierten findet Stichwahl am Sonntag, den 24. April,

zur gleichen Tageszeit und unter denselben Vorschriften wie bei der Hauptwahl statt. Ergibt sich auch hier gleiche Stimmenzahl, so entscheidet das Los.

Sind die Kandidaten mit gleicher Stimmenzahl an einem Orte, so lösen sie selbst, im anderen Fall der Hauptvorstand in einer Sitzung.

Ist ein Delegierter durch unvorhergesehene Ereignisse verhindert, sein Mandat auszuüben, so hat er dies dem Hauptvorstand umgehend mitzuteilen, welcher dann als Erfaszmännchen den Kandidaten mit der Vertretung beauftragt, der nach ihm bzw. außerhalb der gewählten Delegierten die höchste Stimmenzahl erhalten hat oder in der Stichwahl oder durch Losentscheid gegen ihn unterlegen ist.

Nach Beendigung der Wahl ist das Resultat sofort festzustellen, ein Protokoll darüber aufzunehmen, in den einzelnen Wahlstellen, wo in mehreren Wahllokalen gewählt wird, Protokolle und Wahlstellen zu sammeln und diese sofort an den Verbandsvorstand einzusenden.

Die Stimmzettel bleiben in den Wahlstellen aufbewahrt und müssen auf Verlangen des Verbandsvorstandes eingesehen werden.

Wahlmaterial (Vorschlagsliste, Wählerlisten, Protokoll) geht den Wahlstellen in den nächsten Tagen zu; wo das Material nicht reicht, verlange man weiteres.

Nachstehend veröffentlichen wir die Wahlkreise

bzw. die zu einem Wahlkreise zusammengezogenen Wahlstellen unter Beifügung der Zahl der in jedem Wahlkreise zu wählenden Delegierten:

1. Wahlkreis: Bromberg, Elbing, Königsberg i. Pr., Memel, Tilsit, Czarnikau, Glogau, Grottko, Hirschberg, Rattowitz, Protoschin, Landeshut, Liegnitz, Neusalza a. Ober-, Oppeln, Posen, Rybnitz, Schweidnitz, Sierzegau, Waldenburg: 1 Delegierter.
2. Wahlkreis: Breslau: 1 Delegierter.
3. Wahlkreis: Berlin: 5 Delegierte.
4. Wahlkreis: Göttingen: 1 Delegierter.
5. Wahlkreis: Brandenburg, Cottbus, Eberswalde, Finsterwalde, Forst i. L., Frankfurt a. Oder, Fürstentum, Guben, Landsberg a. B., Ludenwalde, Oranienburg, Potsdam, Rathenow, Schwiebus, Werder: 1 Delegierter.
6. Wahlkreis: Bremen, Bremerhaven, Buztehuber, Stade, Verden: 2 Delegierte.
7. Wahlkreis: Hamburg: 2 Delegierte.

8. Wahlkreis: Harburg a. S., Kiel, Lübeck, Mölln, Tonndorn: 2 Delegierte.
9. Wahlkreis: Aurich, Celle, Heidmühle, Isehoe, Norden, Oldenburg, Osnabrück, Segeberg, Uelzen, Verden, Wilhelmshaven: 1 Delegierter.
10. Wahlkreis: Doberan, Elmshorn, Flensburg, Greifswald, Güstrow, Lübz, Neumünster, Neustrelitz, Neubrandenburg, Röbbel, Rostock, Schwerin, Stralsund, Waren: 1 Delegierter.
11. Wahlkreis: Alfeld, Göttingen, Hannover, Hildesheim, Peine: 2 Delegierte.
12. Wahlkreis: Blankenburg, Braunschweig, Clausthal, Duderstadt, Einbeck, Gertrode, Goslar, Helmstedt, Osterode, Scherzleben, Wolfenbüttel: 1 Delegierter.
13. Wahlkreis: Aschersleben, Burg bei Magdeburg, Gardelegen, Magdeburg, Neuhaldensleben, Salzwedel, Schönebeck, Stendal, Wittenberge: 1 Delegierter.
14. Wahlkreis: Chemnitz: 1 Delegierter.
15. Wahlkreis: Erfurt, Plauen i. V., Zwickau: 1 Delegierter.
16. Wahlkreis: Leipzig: 1 Delegierter.
17. Wahlkreis: Dresden: 2 Delegierte.
18. Wahlkreis: Altenburg, Gera, Halle: 1 Delegierter.
19. Wahlkreis: Eilenburg, Glauchau, Gotha, Greiz, Grimma, Meissen, Nadeberg, Riesa, Rudolstadt: 1 Delegierter.
20. Wahlkreis: Apolda, Dessau, Eisenach, Nordhausen, Sonneberg, Weimar: 1 Delegierter.
21. Wahlkreis: Arnstadt, Bernburg, Coburg, Cöthen, Frankenhäuser, Halberstadt, Jülich, Kahl, Langensalza, Mühlhausen i. Th., Neustadt a. Orla, Saalfeld, Sangerhausen, Schleisingen, Suhl, Wittenberg: 1 Delegierter.
22. Wahlkreis: München: 4 Delegierte.
23. Wahlkreis: Landshut, Regensburg: 1 Delegierter.
24. Wahlkreis: Ansbach, Bayreuth, Ingolstadt, Schwabach, Straubing, Traunstein: 1 Delegierter.
25. Wahlkreis: Nürnberg: 1 Delegierter.
26. Wahlkreis: Bamberg, Fürth, Passau, Rothenburg ob der Tauber: 1 Delegierter.
27. Wahlkreis: Erlangen, Kulmbach: 1 Delegierter.
28. Wahlkreis: Darmstadt, Gießen, Hof, Schweinfurt: 1 Delegierter.
29. Wahlkreis: Aalen, Nürtingen, Schw.-Gmünd, Würzburg: 1 Delegierter.
30. Wahlkreis: Augsburg, Kempten, Lindau, Ulm: 1 Delegierter.
31. Wahlkreis: Colmar, Freiburg i. B., Konstanz, Lahr, Lörrach, Mühlhausen i. E., Schwenningen, Tuttlingen: 1 Delegierter.
32. Wahlkreis: Geislingen, Göppingen, Heidenheim, Reutlingen, Ravensburg, Reutlingen, Sigmaringen, Stuttgart, Tübingen, Waiblingen, Weinsberg: 2 Delegierte.
33. Wahlkreis: Heidelberg, Heilbronn, Heilbrunn, Offenburg in Baden, Straßburg i. E.: 1 Delegierter.
34. Wahlkreis: Karlsruhe: 1 Delegierter.
35. Wahlkreis: Cassel, Eschwege, Hersfeld, Pfungstadt, Siegen, Lina, Witten: 1 Delegierter.
36. Wahlkreis: Frankfurt a. M.: 2 Delegierte.
37. Wahlkreis: Ludwigshafen, Mannheim, Oggersheim: 1 Delegierter.
38. Wahlkreis: Coblenz, Kaiserslautern, Mainz, Pirmasens, Schweigen, Speyer, Trier: 1 Delegierter.
39. Wahlkreis: Aachen, Frankenthal, Hagen, Luxemburg, Saarbrücken, Solingen, Worms: 1 Delegierter.
40. Wahlkreis: Greifeld, Duisburg, Düsseldorf, Oberfeld, Mülheim a. d. Ruhr: 1 Delegierter.
41. Wahlkreis: Amsterdam, Andernach, Antwerpen, Brüssel, Köln: 1 Delegierter.
42. Wahlkreis: Dortmund, Essen, Wanne: 1 Delegierter.
43. Wahlkreis: Bielefeld, Bochum, Detmold, Hamm, Minden, Stadthagen: 1 Delegierter.

Der Verbandsvorstand,
J. A. M. Esel.

Arbeiter, die ihre Feinde wählen!

Die preußische Wahlrechtsbewegung hat die Regierung und die bürgerlichen Parteien zur offenen Stellungnahme gezwungen. Die preußische Regierung hat durch ihren famosen Wahlrechtsentwurf offenbart, daß sie die minderbemittelte Bevölkerung nicht für nützlich erachtet, im Staatswesen mitzuarbeiten. Sie ist Gegner des gleichen Wahlrechts, das dem unbemittelten Manne den gleichen Einfluß auf den Landtag einräumt, wie dem Besitzenden. Sie gibt 2 Millionen und 7 Millionen Wählern doppelt soviel Stimmrecht, als 41 Arbeitern, Angestellten, Handwerkern und Kleinbauern; ja 6 der privilegiertesten Staatsbürger können 44 der übrigen niederstimmen. Die Regierung hat aber auch nicht einmal so viel Vertrauen zu ihren Staatsbürgern, um ein unbeeinflusstes Votum derselben zuzulassen, sonst würde sie sich nicht gegen die geheime Abstimmung sträuben und sie als unannehmbar bezeichnen. Die Forderung der öffentlichen Stimmabgabe zu

Protokoll soll den Wähler daran erinnern, daß er sich jederzeit und gegen jedermann wegen seiner Stimmabgabe zu verantworten hat. Für jeden abhängigen Wähler liegt darin eine Bedrohung seiner wirtschaftlichen Existenz. Nicht einmal zu ihren eigenen Beamten, Angestellten und Arbeitern hat diese Regierung das Vertrauen, daß sie ohne öffentlichen Druck ihrer Ueberzeugung folgen dürften, denn gerade dieser Staatsangestellten und -arbeiter wegen will die Regierung die offene Abstimmung. Entrechtung und Einschüchterung aller abhängigen, nichtbesitzenden Wähler, das ist die Stellung der preußischen Regierung zum preußischen Volke. In der Preußenhymne heißt es:

„Nicht Moß, nicht Reifige
Sichern die steile Höh'
Wo Fürsten stehn!
Liebe des Vaterlands,
Liebe des freien Manns
Gründen den Herrscherthron
Wie Fels im Meer!“

Im Wahlrechtsentwurf der Regierung lautet der Text ganz anders! Da wird das eigene Volk als der Feind des Staatswohls behandelt, dessen Existenz möglichst zu unterdrücken sei. Da wird die freie Ueberzeugung des Mannes mit Füßen getreten und die Liebe zum Vaterlande herabgelobt, daß selbst ein Pfarrer Baumann öffentlich erklärte, er schäme sich, ein Preuße zu sein! Diese Regierung ist ein Feind alles dessen, was nicht durch Besitz und zivilisierungsbedingte Ueberzeugungslosigkeit legitimiert ist. Sie ist der Feind der Arbeiter und Angestellten, der Kleinrentner, Kleinrentner und Kleinrentner, die sie entrechtet will. Sie ist das Werkzeug der „Besten und Reichsten“ der Nation, der Junker und Millionäre, der Konserverativen, deren Herrschaft in Preußen sie dauernd zu stützen versucht, weil diese zugleich Gegner des Reichstagswahlrechts sind und jeden Wahlrechtsraub im Reiche grundsätzlich unterstützen würden. Es muß deshalb auch als ausgeschlossen gelten, daß ein Angehöriger der dritten Wählerklasse die konservative Partei in Reich, Staat oder Gemeinde in irgendwelcher Form unterstützt. Kein Lamm könnte so einfältig sein, dem Wolf sein Vertrauen zu schenken, — es kennt seinen Lohndienst und meißelt ihn. Und doch wählen Hunderttausende der Entrechteten und Verachteten, der Deklassierten konservative Abgeordnete! Nur politischer Unverstand, den ein Lamm beschämen müßte, bildet die Erklärung für solchen Wahnsinn. Diesen Unverstand zu überwinden, wird das Werk der bis in die Tiefen des Volkes eindringenden Wahlrechtsbewegung sein, die Licht und Wahrheit bis in die dürrigsten Höhlen trägt und den Armen das Bewußtsein seiner Menschenwürde wiedergibt.

Auch die bürgerlichen Parteien haben Stellung zur Wahlrechtsfrage nehmen müssen. Für ein wirklich demokratisches Wahlrecht in Preußen treten nur die Freisinnsparteien ein, so sehr sie auch vieles von der Sozialdemokratie scheidet. Es ist dies ein erfreulicher Erfolg der Wahlrechtsbewegung, die diesen Parteien die Herrschaft aufzwingt. Die Nationalliberalen fordern zwar die geheime Abstimmung und die direkte Wahl; auch erhebt ihr Parteiinteresse eine gerechtere Wahlkreiseinteilung, die den Städten und Industriekreisen mit starkem Bevölkerungszuwachs den ihnen gebührenden Einfluß sichert. Aber sie wollen nichts von der Gleichheit aller Staatsbürger vor dem Gesetz wissen, sondern verlangen, daß die Stimmen nach Besitz, Bildung und Verdiensten abgewogen werden. Vereint mit den Konserverativen und der Regierung stützen sie das Dreiklassenwahlrecht; höchstens ein Pluralwahlrecht, das den Besitz privilegiert, fände Gnade vor ihren Augen. In der Landtagskommission haben die Nationalliberalen die Anträge auf Befreiung des Klassenwahlrechts, auf Herabsetzung des Wahlfähigkeitsalters, sowie auf niedrigere Maximierung der Steueranrechnung niedergestimmt. Dafür unterstützen sie durch Anträge, die glücklicherweise abgelehnt wurden, den Wahlrechtschacher der Regierung, mittels Emporhebung gewisser Wählerklassen die Entrechtung der dritten Klasse wirksamer zu gestalten, und versuchten die Drittelung der Wähler nach Wahlkreisen statt nach Stimmbezirken durchzusetzen, wodurch ebenfalls der Einfluß der Minderbemittelten geschwächt würde. Die Nationalliberalen wollten dem Volke das beleidigend-schmachvolle System der „gehobenen Wähler“ dadurch schmählicher machen, daß sie auch den sogenannten „lebenslänglichen Arbeitern“, die mindestens 12 Jahre in ein und demselben Dienstverhältnis standen, ein erhöhtes Wahlrecht sichern wollten. Das heißt die Arbeiterentlassung noch mehr in den Dienst der staatsbehaltenden Klassenpolitik stellen und neue Wahlprivilegien von Unternehmern Gnaden schaffen, — ein Lohn für alle diejenigen, die die Industrie in Zeiten des Arbeitsmangels auf Pfosten stellt. So wenig versteht diese Partei die Volkspolizei, daß sie um des schändlichsten politischen Schachers willen die schmerzlichsten Empfindungen derjenigen verleiht, die durch ihrer Hände Arbeit das ganze Staatsgefüge eigentlich erhalten. So kann nur eine Partei mit dem Arbeiter umspringen, die die Arbeit als Quelle des Reichtums anderer schätzt, den Arbeiter im Grunde ihrer Seele aber verachtet!

Und so feldham es klingen mag, — auch nationalliberale „Wahlvertreter“ werden von Arbeitern gewählt. Besonders in Wahlkreisen, wo der Liberalismus noch mächtig die Kulturkampfbauke gegen den Ultramontanismus schlägt, treiben die liberalen Protoren ihre Arbeiter rücksichtslos als Stimmvieh zur Wahl. Ob diesen Arbeitern noch niemals der Gedanke gekommen ist, daß sie sich gegen ihre Klassenchöre verübigen, — daß sie, die De-

Klassierten, die liberale Klassenpolitik befeigen, anstatt das Klassen...

Freien der Arbeiterschaft und Minderbemittelten. Sie weiß dies und gibt deshalb vor, Anhängerin des Reichstagswahlrechtes für den preussischen Landtag zu sein.

Aber anstatt hier Arbeiterpolitik zu betreiben, hat das Zentrum in der Kommission auch noch die wichtigste Verbesserung der Regierungsvorlage, das direkte Wahlrecht, preisgegeben.

Was sagt die christliche Arbeiterschaft zu dieser Arbeiterpolitik des Zentrums? Wird sie schweigen zu solcher Schamlosigkeit des grundsätzlichen Verlangens nach dem Reichstagswahlrecht für Preußen?

Die Wahlrechtsbewegung des arbeitenden Volkes in Preußen wird stark über diese Situation schmerzen. Sie wird den Wahlrechtserwerb des Zentrums den christlichen Arbeitern vor Augen führen.

Arbeit, die ihr verblendete Ego ihre bittersten Feinde macht, - schämter kommt ihr nicht betrogen werden! Aber lernt daraus und fordert Rechenschaft von den Wahlrechtsträubern!

Der christlich-gelbe Verrat in Freiburg i. Br.

Die Unternehmer und die mit ihnen verbündeten christlich-gelben Arbeitervertreter scheitern sich gegenseitig und bemühen sich mit verächtlichen Kräften, ihr hinterhältiges und verwerfliches Verhalten zu beschönigen und als recht hinzustellen.

Die christliche Arbeiterschaft ist es die Freiburger Tagespost, natürlich ebenfalls noch für zu gut dazu, die aus dem Zentrum georgenen gegen den Brauereiarbeiterverband gerichteten Verleumdungen eines christlichen der gelben Streikbrecherorganisation, die in ihrem Organ abdruckt und die im Reichstag zu verurteilen sind.

in corpore den Streikbrecher machte. Daß sich aber das christliche Zentrumorgan, die Freiburger Tagespost, gemeinsam mit den Gelben freut, daß die rheinisch-westfälischen Scherfmacher in der Brauindustrie im Jahre 1906 1050 organisierte Brauereiarbeiter ausstärkten, wobei die Christlichen und Gelben auch den Arbeitererrat gemeinsam betrieben, das ferner diese christliche Seele zur Vermüge, und wir wissen nicht, wer tiefer einzuschauen ist: die Freiburger Tagespost oder ihr gelber Schlingel und Vorbeter.

Auf den gemeinsamen Schwindel der Christlich-gelben zur Rechtfertigung ihres Arbeiterverrats werden wir in nächster Nummer ausführlicher eingehen, für heute sei nur ein Beweisstück über die Gemeinschaft der Unternehmer mit den Christlich-gelben zu bestimmten Zwecken und zur Charakterisierung der von den Christen an den Buren genommene Streikbrecherorganisation wiedergegeben.

„Wen Sie dem Sozi: Verbanne nicht angehören so können Sie kommen oder die Zeugnis Abdrücken einsehen. Aussicht ist da, aber nur mit der Obigen Bedingung, ich kann es nicht ändern der Lohn ist zu geringe Arbeitszeit. Aber von dem Verbanne will diese Brauerei keine mehr haben wegen Streikigkeiten untereinander.“

Mit Gruß Hr. Joseph Hipp. 13. 2. 1910.

Wald nach Ausbruch des Streikes trat Hipp, wie in früheren Fällen auch, wieder in Tätigkeit und kannte auch schon die Absichten der Brauerei, die sie nicht erst von diesem Augenblick hatte. So arbeiten die interessierten Mächte zusammen, um die gerechteren Forderungen der Brauereiarbeiter zu hinterzücken. Wir werden sie aus dem Dunkel herauszuziehen und auch den speziellen Plänen der Unternehmer nachspüren. Sie sollen ihre Freude daran haben.

Die Urabstimmung

zur Frage der Verschmelzung mit dem Mühlenarbeiterverband hatte folgendes Ergebnis:

Table with 2 columns: Item, Count. Es wurden abgegeben 17141 Stimmen. Davon für die Verschmelzung 11578. gegen die Verschmelzung 5414. waren ungültig 149.

Aus 81 kleineren Wahlstellen sieht das Resultat bis jetzt noch aus.

Bewegung im Berufe.

Lohnbewegungen. - Tarifverträge. - Differenzen.

† Luzug ist fernzuhalten nach Viehtrieb a. Rh., Marktredwitz, Freiburg i. Br., Riegel b. Freiburg und Bruchsal.

Brauereien.

† Aalen. Am 20. Februar fand eine zahlreich besuchte Versammlung statt. Der neue Tarifentwurf, welcher die Tagesordnung bildete, hatte keine Wirkung nicht verfehlt und hatte manche, welche bisher geschlafen, aufgeweckt. Kollege Roshamer-Haidenheim, welcher den Anwesenden die neue Vorlage in allen seinen Teilen gründlich erläuterte, verstand es, die Aufmerksamkeit aller Anwesenden zu fesseln. Redner betonte, daß der abgelaufene dreijährige Vertrag, welcher am 1. Januar gekündigt wurde, den gegenwärtigen Anforderungen nicht mehr entspreche; auch weise er manche andere Mängel auf, welche in der neuen Vorlage ausgebeßert werden müssen.

Nachdem der neue Tarif einstimmig angenommen, wurde beschlossen, demselben am 1. März an die Unternehmer einzureichen. Es ist zu hoffen, daß auch die Kollegen der Kreuzbrauerei endlich einmal zur Ueberzeugung kamen, und sich fast vollständig unseren Reihen anschließen. Hoffentlich werden diejenigen, welche noch umherirren, den Weg zu uns finden, denn nur durch den Verband wird ihre teilweise noch so traurige Lage verbessert.

Darum Kollegen von Aalen und Wasseralfingen, sorgt dafür, daß diejenigen, welche das Angestrichel noch überwältigt, es abzuwenden mögen und sich uns anschließen, denn nur davon wird es abhängen, daß der neue Tarifabschluß alle befriedigt.

† Berlin. Der Verein der Brauereien hat die Tarifverhandlungen bei der ersten Zusammenkunft abgebrochen, nachdem die Lohnkommission es ablehnte, gemeinsam mit den Gelben zu verhandeln. Jetzt muß sich die Agitationsarbeit der Kollegen verdoppeln, ein jeder muß mithelfen, die Organisation zu stärken.

† Köln. Mit dem Stand der Tarifbewegung beschäftigte sich die Versammlung vom 20. Februar. Kollege Huber erhaltete den Bericht. Endlich hat man sich einmal dazu bequemt, mit den Arbeitern zu verhandeln. Der Syndikus der Brauereien, Dr. Sunder, erklärte, daß die Brauereien angesichts der jetzigen Lage, in der sie sich befinden, nicht viel bewilligen könnten, von dem Ansehen eines Tarifvertrages überhaupt nicht die Rede sein, weil auch die Zeit zu kurz sei, denn die Brauereien Rheinlands-Weftfalens schlossen prinzipiell keinen Tarif mehr über die Zeit bis September 1910 hinaus ab. In allen Städten dieses Bezirkes lenken die Tarife zu gleicher Zeit ab, deshalb soll für Köln nur ein Provisorium eingeführt werden. Die Lohnkommission stimmte nach reiflicher Ueberlegung einem solchen Provisorium zu, wenn die Angebote danach seien. Von den Brauereien wurde pro Mann und Woche eine Woche Markt geboten. Wenn man sich auch darüber klar war, daß von diesen Herren nicht viel zu erwarten war, so sollte man aber ein besseres Angebot doch nicht abweisen, das wie ein Holz auf die Brauereiarbeiterschaft von Köln aussehe. Die Lohnkommission promulierte nun ihre Forderungen und gab sie den Vertretern der Brauereien mit auf den Weg, mit dem Bemerkten, daß das das mirabelle sei, was die Brauereiarbeiter in Köln zu beantragen berechtigt seien. Das ist:

Verkürzung der Anwesenheitspflicht im Betriebe um eine halbe Stunde, so daß die Arbeiter bei einer Arbeitszeit von 9 1/2 Stunden im Winter und 10 Stunden im Sommer nur noch eine Präfenzzeit von 1 1/2 und 2 Stunden gegen 12 und 12 1/2 Stunden wie bisher, haben. Für Winterstunden und Feiertage sollen Wochenlöhne fest der Gehaltseine eingeführt und diese den Winter- und Sommerlöhnen gleichgestellt werden. (Bis jetzt haben sie 150 Pf. im Winter- und Sommer weniger.) Dasselbe soll bei den Arbeiterinnen (Hausfrauen) gelten, was bei dieser Kategorie in einigen Brauereien schon immer so geübt wurde; andere haben aber diesen Gehalt 21 bis 23 Pf. bezahlt (laut Tarif ist das der Gehalt der Hausfrauen). Des weiteren sollen die Winter- und Sommerlöhne im Sommer von 7 Uhr bis im Winter von 6 Uhr abwärts Ueberstunden bezahlt bekommen.

um der grenzenlosen Ausbeutung dieser Leute durch einige Brauereien Abbruch zu tun. Im übrigen soll jeder Arbeiter einen Lehngelohn im Anfangs-, sowie im Endlohn von mindestens 2 Mk. erhalten.

Die Versammlung war über den Rückgang vom Tarif zum Provisorium sehr ungehalten und mißbilligte das Verhalten der Lohnkommission. Sie erklärte sich aber nach längerer Auseinandersetzung mit dem Provisorium einverstanden, wenn die Punkte wie sie formuliert sind, bewilligt werden. Die Versammlung war der Ansicht, daß diese Punkte zum Teil im alten Tarif schon in diesem Sommer hätten gehandhabt werden müssen, wenn man auf das Versprechen oder das Ehrenwort einzelner Brauereiarbeiter etwas geben dürfte; zum Beispiel die Bezahlung der Mitarbeiter und die Arbeiten nach Feierabend. Im übrigen sind diese Forderungen in unseren Nachbarstädten Düsseldorf, Solingen usw. schon längst tariflich festgelegt. An der angeblich schlechten Situation der Brauereien in Köln sind die Arbeiter nicht schuld. Schließlich wurde folgende Resolution angenommen:

„Die heute im Volkshauss tagende überaus stark besuchte Mitglieberversammlung der Brauereiarbeiter von Köln, Müllheim und Umgebung nimmt Kenntnis von der Unterhandlung der Lohnkommission mit den Brauereien. Die Versammlung verurteilt auf das allerstärkste die unerhörte Zumutung und soziale Rückständigkeit der Unternehmer. Weiter mißbilligen die Versammelten die Haltung der Lohnkommission, sie sind einmütig der Ansicht, daß diese weit über das Maß hinaus Rücksicht übe, und sie verlangen auf das allerentschiedenste, daß an den im Provisorium enthaltenen Sägen unbedingt festgehalten werden muß, die das allermindeste dessen darstellen, was die Arbeiterschaft berechtigt ist, zu fordern. Ferner verlangt die Versammlung von den Unternehmern, daß die Forderungen in der nächsten Verhandlung unbedingt bewilligt werden. Sollte wider Erwarten eine Ablehnung durch die Unternehmer erfolgen, so erklären sich die Versammelten für verpflichtet, das Provisorium fallen zu lassen und mit allen gesetzlichen Mitteln die eingereichten Forderungen zu erkämpfen.“

Malzfabriken.

† Bruchsal. Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in den Malzfabriken in Bruchsal sind ja als rückständig bekannt. Am tauglichsten ist es aber bei der Firma Schrag u. Söhne, welche auch der größte Betrieb am Platze ist, bestellt. Die Kollegen haben sich deshalb entschlossen, mit Forderungen an die Herren heranzutreten. Dies geschah durch die Organisation in Form eines Tarifvertrages, welcher den Verhältnissen in Bruchsal angepaßt war. Trotzdem waren die Herren Schrag gegen, auf friedlichem Wege eine Einigung herbeizuführen. Sie bestritten die Organisation das Recht, im Namen der Arbeiter zu handeln. Wir regeln das alles mit unseren Leuten, einen Tarifvertrag können wir uns hier in Bruchsal nicht leisten, war die Antwort. Als die seit Jahren unter den schlechtesten Verhältnissen stehenden Arbeiter sahen, daß sie nichts zu erwarten haben, als weiter noch am Hungertuche zu nagen, zogen sie es vor, lieber auf der Straße Hunger zu leiden. Die Firma Schrag u. Söhne glaubt wohl auf ewige Zeiten das Privilegium zu besitzen, die Arbeiter mit niedrigen Löhnen und langer Arbeitszeit zu traktieren zu können. Bei 70 bis 74stündiger Arbeitszeit werden 21 Mk. für Bodenarbeiter und 24 Mk. für Mälzer bezahlt. Die Bestimmungen über die Sonntagsruhe werden bei dieser Firma nicht eingehalten. Der Verband süddeutscher Malzfabriken e. V. hat an die Ministerien der süddeutschen Bundesstaaten eine Eingabe gerichtet, betreffend Aufhebung der Bestimmungen über die Sonntagsruhe. Der Beschluß des Großherzoglich Badischen Ministeriums des Innern lautet:

„Neben dieser besonderen Vorschrift für Tennenmälzereien gelten für diese wie für alle Fabriken, Werkstätten usw. indessen auch die Bestimmungen des § 105c der Gew.-Ordnung, und kommen hierbei insbesondere die Ziffern 3 und 4 in Betracht. Als Arbeiten, welche zur Verhütung des Verderbens von Rohstoffen oder des Wühlens von Arbeitszeugnissen erforderlich sind: - § 105c der Gew.-Ordnung - kommen aber in Betrieben der Tennenmälzereien nur die Bedienung, das Weichen und das Wenden der Reimhausen in Betracht. Doch sind auch diese Arbeiten nur dann in diesem weiteren Umfang statthaft, wenn sie nicht an Werktagen, oder innerhalb der nach der gen. Bekanntmachung des Reichsanzeigers erlaubten Arbeitszeit erledigt werden können. Für andere Arbeiten, z. B. das Schoten, Darren und Röstieren von Malz kann ein Bedürfnis zur Vornahme außerhalb der nach der Bekanntmachung des Reichsanzeigers zulässigen Arbeitszeit in keinem Falle anerkannt werden.“

Bei Schrag u. Söhne werden jeden Sonntag Darren abgeräumt und geladen, Malz gepulvt und Fenster abgestaubt. Einen Aufschlag von 36 Stunden kennt man nicht. Dafür dürfen die Nachtarbeitenden 7 1/2 Tage in Tätigkeit sein. Alle anderen Malzfabriken in Baden berufen sich immer auf diese Firma; wenn die Arbeiter Verbesserungen anstreben. Es hängt deshalb alles davon ab, in Bruchsal eine Aenderung herbeizuführen. Die Kollegen haben sich gelobt, den Kampf so lange zu führen, bis der Starren der Herren Schrag gebrochen ist. Wenn die ortsbekanntesten Mälzer diese Parole hochhalten, und kein Kollege sich verleiten läßt, nach Bruchsal zu gehen, so muß diese Firma zur Vernunft kommen. Die Einwohner von Bruchsal stehen bei diesem Kampf auf Seite der Streikenden. Dieser wird so lange geführt, bis ein Erfolg zu verzeichnen ist.

Korrespondenzen.

Austerdam. Die letzte Versammlung beschäftigte sich eingehend mit dem wiktariischen Gebaren zweier Braumeister. Der eine, Braumeister Rettel von der Zuid Hollandischen Brauerei in Den Haag, bereits bekannt aus einem Artikel der Brauereiarbeiterzeitung vom 17. April 1908, glaubt, die Kollegen, welche längere Zeit in seinem Betriebe arbeiten, durch alle erdenklichen Maßnahmen hinaussetzen zu müssen. Seinem Brauführer wurde trotz Kontakt mit der Brauerei der Lohn gekürzt. Bei der kleinsten Geringfügigkeit droht er mit Entlassung; Urlaub wird verweigert und bestehende Ansprüche werden rundweg abgelehnt. Im seine unveränderlichen Handlungen besser durchziehen zu können, bedient er sich eines Komplizens namens Hans Weller. Dieser junge Mann denkt dabei Karriere zu machen und tut sein bestes, den Kollegen die Arbeit zu erschweren. Die Einmütigkeit der Kollegen und die Harmonie des gesamten Personals, welche sich in starker Organisation ausdrückt, wird diesem jähwändigen Treiben bald Einhalt gebieten, trotz der Zersplitterungsversuche seitens der Frau Braumeister.

Nicht viel besser ergeht es den Kollegen der Geinelen's Brauerei. Dort ist es hauptsächlich das System der Freimohnung im Betrieb, was zu lebhaften Klagen Anlaß gibt. Hier finden wir in einem Schichtraum für neun Mann außer den Schränken und diversen Koffern noch den mit feuchten Strümpfen, Schuhen und Kleidern bedeckten Dampfheizkörper, welcher für minder angenehme Atmosphäre sorgt, dazu kommen in letzter Zeit noch kaum glaubliche Berunreinigungen eines Nachkollegen und verschiedene Diebstähle. Daß dabei Gesundheit, Freiheit und Eigentum der Kollegen stark gefährdet werden, steht außer Zweifel. Dennoch wurden wir mit unserer gerechtfertigten Forderung um Abschaffung dieses Uebels abgewiesen. Daraufhin haben wir uns auch der holländischen Organisation angeschlossen, um so mit größerer Macht gegen dergleichen Verordnungen aufzutreten zu können und da menschenwürdige Zustände zu schaffen, wo Unternehmerwillkür bisher keine Verbesserung auslösen ließ.

Dessen. Eine öffentliche Brauereiarbeiterversammlung, welche leider nur von circa 80 Personen besucht war, fand am 30. Januar im Gesellschaftshaus statt. Hauptvorsitzender Engel referierte über das Thema: „Unsere Tarifverträge und die jetzige Lage der Brauereiarbeiter“. Redner führte aus: Wenn man die Versammlung ansieht und von circa 400 Brauereiarbeitern nur ein

geringer Teil erschienen ist, so muß man daraus schließen, daß das Organisationsleben der Dresdener Bräuereiarbeiter vollständig abgebrochen ist. Wir treten an Orte in eine Lohnbewegung ein, deshalb mußte es jeden Arbeiter auszeichnen, seine Lage zu verbessern, in die Organisation einzutreten. Vor 20 Jahren war noch nicht daran zu denken, Lohn- und Arbeitsbedingungen zu verbessern. Die Organisation hat sich abgewandelt. Was hat man schon versucht, mit geringen Forderungen an die Unternehmer heranzutreten. Als dieselben aber erfahren, daß eine Verammlung stattgefunden hat, in welcher auch Mißstände zur Sprache kamen, da drohte man schon mit Entlassungen. Medien führten hier ein Beispiel an. Den Unternehmern ist es auch noch gar nicht eingefallen, trotz der hohen Lebensmittelpreise, gutwillig mehr zu geben, sondern die Arbeiter sollen bei Lohn- und Arbeitsverträgen selbst mitwirken. Im weiteren kritisierte der Redner den Verrat des Zentrums an der Arbeiterklasse, welches im Jahre 1902 den Posttarif bewilligte, und es wurde schon in vielen Versammlungen darauf hingewiesen, daß die Bräuereiarbeiter dadurch geschädigt wurden. Als aber dann später noch die Erhöhung der Brauereiverordnungen, da ja auch die „Bundes-Zeitung“ das Bier als Luxusartikel bezeichnet, da hat man hunderte Bräuereiarbeiter auf Straßenpflaster getreten. Der Reichstag hat eine Entschädigung dieser Bräuereiarbeiter abgelehnt. Wäre die Organisationsleitung nicht bemüht gewesen, überall Vereinbarungen zu treffen, daß bis zum 1. Mai 1910 Entlassungen wegen Konsumrückgangs nicht stattfinden sollen, so wäre das Elend unter den Bräuereiarbeitern noch viel größer. Trotz der Krise ist die Mitgliederzahl des Verbandes nicht zurückgegangen, sondern gestiegen. Redner kommt dann noch auf die Löhne an Orte zu sprechen, wo in einem Arbeiterbetrieb noch Einstellungslohn der Hilfsarbeiter von 22 Mk. bestehen, in anderen Betrieben aber gar nur 19,50 Mk. und 18 Mk. gezahlt würden. Es ist unmöglich, bei diesem Lohn ein menschenwürdiges Dasein zu führen.

In der Diskussion behauptete Kollege Stelzer mit Recht, daß es nur an der schwachen Organisation liege, wenn nicht mehr erreicht werde, denn der Unternehmer weiß ganz genau, wer und wie er organisiert ist. Die Abrechnungen in den Brauereien haben bewiesen, daß dieselben in der Lage sind, höhere Löhne zu zahlen. In seinem Schlusswort weist Kollege Egel noch darauf hin, daß er kein großer Freund von vielen Versammlungen sei, denn in diesen erscheinen nur meistens ältere zielbewusste Arbeiter, sondern mehr Hausagitation muß betrieben werden; dadurch sind noch Mitglieder zu gewinnen.

Dresden. Aus dem Jahresbericht, den Kollege Hofmeister in der von circa 1000 Mitgliedern besuchten Generalversammlung gab, ist zu entnehmen, daß das Jahr 1909 mit seinen ganzen Begleiterscheinungen für die Dresdener Bräuereiarbeiter insbesondere kein gutes zu nennen war. Das Bestreben der Dresdener Bräuereiarbeiter sei darauf gerichtet, die Arbeitskraft des einzelnen aufs höchste auszunutzen. Dies sei vor allem daraus zu entnehmen, daß die Krankheitsziffern in ganz enormer Weise gestiegen seien. Aber nicht dieses allein, auch an den vielen Unfällen, die im vergangenen Jahre zu verzeichnen gewesen seien, sei zu konstatieren, daß man veruche, ein recht bemerkenswertes System in den Dresdener Betrieben Eingang zu verschaffen. Es sei dies vor allem aus daraus zu erkennen, daß eine Einstellung von Arbeitskräften nicht erfolgt sei, trotzdem daß durch freiwillige Austritte, Entlassungen, Todesfälle die Zahl der Beschäftigten um ein ganz erhebliches abgenommen habe. Daraus sei auch zu entnehmen, daß die Mitgliederzahl, trotz intensiver Agitation, zurückgegangen sei. Nur durch das Eingreifen der Organisation konnte weiteren Entlassungen vorgebeugt werden.

Übergehend auf die allgemeine Tätigkeit, wies Redner darauf hin, daß durch Entlassungen, Streikigkeiten und sonstige Differenzen ein Verhandeln mit den Unternehmern sich 41mal notwendig machte. Außer 4 Entlassungen, die nicht rückgängig gemacht werden konnten, erledigten sich sämtliche Differenzen zu unseren Gunsten. Lohnbewegungen fanden im Berichtsjahre in Bautzen, Schandau und in einer Bierhandlung in Dresden statt. Erreicht wurde bei denselben für 90 Beschäftigte eine Lohnenerhöhung von 5300 Mark pro Jahr. Innere Verwaltungangelegenheiten wurden in 17 Vorstandssitzungen erledigt, während zur Aufklärung, Verbreitung der Agitation in Bautzen, Dresden, Pirna, Böhlen, Schönau und Zittau 47 Versammlungen abgehalten wurden. Außerdem fanden noch in Dresden 71 Betriebsversammlungen statt. Die Korrespondenz war eine recht lebhaft. An Ausgängen waren zu verzeichnen insgesamt 2414, an Eingängen 1017.

Der gegebene Massenbericht weist für die Hauptkasse eine Einnahme von 37.553,44 Mk. und eine Ausgabe von 18.172,14 Mk. auf, so daß 19.381,30 Mk. abgesetzt werden konnten. Die Lokalkasse zeigte ein Mehr von 3304,24 Mk., so daß das Vermögen der Lokalkasse am Schlusse des Jahres 13.929,76 Mk. beträgt. Ausstellungen an dem Bericht wurden nicht gemacht.

Nach Erledigung der Wahlen wurde das Verhalten des Brauereimeisters hier vor den Plänen des Lagerkellers einer Kritik unterzogen. Dieser Herr scheint sich nicht zu berücken, alle Arbeiter als das zu behandeln, was er selbst noch darstellt. Denn seine praktischen Erfahrungen, die er immer zum besten gibt, und seine Kenntnisse im allgemeinen lassen darauf schließen, daß es angebracht wäre, selbst mit Hand anzulegen, als daß er anderen erfahrenen Leuten Vorkhaltungen in bezug auf ihre Fähigkeiten macht. Des weiteren wurde aus demselben Betriebe über einen Unfall berichtet, der einem dort beschäftigten Kaiserer Somabends nachts 12 Uhr beim Wierladen zugefallen ist. Es wurde betont, daß dieser Unfall nur auf die überlange Arbeitszeit zurückzuführen sei. Allseitig wurde betont, würden die Kollegen mehr Einigkeit an den Tag legen, könnte diesem Treiben dieser bekannnten Geschäftsleitung bald ein Ende bereitet werden. Nach einem kurzen Schlusswort, die Kollegen ermahnt, im kommenden Jahre ihre Pflicht zu erfüllen, wurde die gut verlaufene Versammlung mit einem Hoch auf den Bräuereiarbeiterverband geschlossen.

Eisenach. Am 22. Januar fand unsere Generalversammlung statt. Nach dem vom Vorsitzenden gegebenen Jahresbericht fanden 18 Versammlungen, darunter 3 Betriebsversammlungen, statt; ferner 9 Vorstandssitzungen. Die Ausgänge bestziffern sich auf 148, Eingänge waren 104. Außerdem gab der Kassierer die Quartals- und Jahresabrechnung. Die Jahresrechnung betrug 2417,50 Mk., die Ausgabe 604,86 Mk., an die Hauptkasse wurden abgeandt 1808,44 Mk. An Krankenunterstützung wurden gezahlt 274 Mk., an Arbeitslosenunterstützung 70 Mk. Der Mitgliederbestand war am Schlusse des Jahres 91. Vorstand und Kassierer wurden einstimmig entlassen. Nach der Wahl des Vorstandes und Entgegennahme des Kartellberichts stand der Antrag eines Kollegen auf Wiederannahme zur Verhandlung. Hiermit soll sich eine Betriebsversammlung beschäftigen. Ferner wurde beantragt, daß sich drei wirtschaftlich organisierte Träger von der Aktienbrauerei bei und haben aufnehmen lassen; hoffentlich folgen diesem Beispiel auch die anderen, damit endlich diese Zerplitterung in Eisenach verschwindet. Der Vorsitzende erwiderte die Kollegen, auch in diesem Jahre in bezug auf Organisation und Agitation ihre volle Pflicht und Schuldigkeit zu tun im Interesse des Verbandes und im eigenen Interesse.

Harburg. Unsere Generalversammlung hatte sich eines überaus guten Besuchs zu erfreuen. Kollege Wasserthal gab die Abrechnung der Zentralkasse und der Lokalkasse vom vierten Quartal bekannt, die für richtig befunden wurden. Sodann erfolgte Neuwahl des gesamten Vorstandes. Unter Verschiedenem rigte die Versammlung den Fall betreffs der Frauen. Da dieselben laut Gewerbeordnung des Somabends nur 8 Stunden arbeiten dürfen, ist ihnen seitens der Harburger Aktienbrauerei 1 1/2 Stunde vom Wochenlohn abgezogen worden. Auf der Brauerei Faktist ist kein Lohnabzug gemacht worden, die Frauen müssen aber eine halbe Stunde über die gesetzliche Zeit arbeiten. Die Versammlung beschloß, daß in dieser Sache der Arbeiterausschuß vorstellig werde.

irgen 18.165,85 Mk. Davon wurden an die Hauptkasse eingekandt 3629,57 Mk. Am Orte wurden 14.536,28 Mk. verbraucht; darunter an Arbeitslosenunterstützung 5527,60 Mk., an Krankenunterstützung 3510,40 Mk., an Sterbegeld 135 Mk., an Streifenunterstützung 697,75 Mark, an Bemerkungsunterstützung 667,80 Mk. Die Lokalkasse hatte am Schlusse des Jahres einen Bestand von 1429,98 Mk.; im Jahre 1909 wurden daraus an Notleidende 755,55 Mk. gezahlt. Die Mitgliederzahl ist durch Abwanderung und Uebergang zu anderen Berufen um etwas gesunken und betrug am Schlusse des Jahres 695. Von diesen sind 618 länger als ein Jahr, 99 länger als zehn Jahre Mitglied. Trotzdem alle Mittel angewandt werden mühten, um die durch die Bierpreiserhöhung mit ihren Folgen geschädigten Kollegen zu unterstützen, konnten noch 513,65 Mk. zur Unterstützung an die Schweden abgeliefert werden. Im verflorbenen Jahre fanden 30 Mitglieder- und 48 Betriebsversammlungen statt. Verhandlungen wegen Differenzen waren 30 zu verzeichnen. Die Gewerbeinspektion mußte in drei Fällen angegangen werden. In einem Fall handelte es sich um einen äußerst mangelhaften Frühlingsraum, in drei Fällen um Ausschaltung des Lohnvertrags. Eingänge von Briefen ufm. waren 358 und Ausgänge 1874 zu verzeichnen. Lohnbewegungen fanden 4 mit Erfolg statt. Daran waren 677 Mitglieder beteiligt. Der durch die Bierpreiserhöhung mit ihren weiteren Folgen verursachte Lohnausfall betrug für die geschädigten Kollegen und Kolleginnen rund 13.000 Mk.

Wenn auch das Jahr 1909 ein ziemlich schweres für uns war und wir manchen Streiter für die gute Sache verloren haben, so wird uns das neue Jahr doch gerüstet finden. Mögen die Kollegen nicht vergessen, kräftiger denn je zu agitieren.

Winn-Mühlheim. Berichtigung. Im Versammlungsbericht in letzter Nummer muß es heißen: „Der Mitgliederbestand betrug Ende 1908 330 (nicht 33)“. Landshut. Am 29. Januar fand unsere Generalversammlung statt. Nach dem Tätigkeitsbericht, den Kollege Heitberger erstattete, wurden abgehalten 16 Versammlungen, 12 Vorstandssitzungen und 13 Betriebsbesprechungen. 48 mal wurde in Landshut und Umgebung von den verschiedenen Kollegen Agitation unternommen und dreimal erfolgte Hausagitation mit Erfolg. Die Zahl der Mitglieder ist von 137 auf 250, also um 113 im letzten Jahre gestiegen. Nach dem Massenbericht, den Kollege Schrembs erstattete, betragen die Einnahmen für 1909 8541,40 Mk., die Ausgaben 1299,56 Mk., darunter 685,80 Mk. für Unterhaltungen; an die Hauptkasse wurden gezahlt 2241,94 Mk. Verhandlungen mit den Unternehmern in Landshut wurden 16 geführt, zehnmal in Anwesenheit des Betriebsleiters. Es handelte sich größtenteils um Nichteingahlung des Tarifes, Behandlung der Arbeiter, Wohnungswesen, Entlassungen, Sonntagsarbeit, sanitäre Einrichtungen und Bierfahrerangelegenheiten. Der Bericht befriedigte allgemein. Nach Erledigung der Wahlen wurde beschlossen, zu jeder Versammlung durch Handzettel einzuladen, damit ein jedes Mitglied zur Stelle ist. Die Versammlung versprach, alles daran zu setzen, in diesem Jahre auch die Kollegen von Landshut zu gewinnen. Nachdem Kollege Schrembs die Verschmelzung mit dem Verband der Mühlenarbeiter besprochen, wurde das Verhalten des Brauereimeisters A. K. in K. o. f. r. der Fleischmannbrauerei einer heftigen Kritik unterzogen. Kollege Schrembs verlas das vom Brauereimeister erhaltene Schreiben, und wurde beschlossen, wenn der Brauereimeister die alten Leute noch weiter zu behandeln, dieses dem Kartell und einer Volksversammlung zu unterbreiten und alle die Neuherringer Arbeiter zum Beitritt zu bewegen. Allenfalls ist nur der Scharfmacher seines Prinzipals, die Folgen hat der Besitzer einmal selbst zu tragen. Kollege Ostermeier berichtete über die Hausagitation bei den drei Wierfabriken vom Hollerbräu. Trotzdem sie die Erfolge des Verbandes für sich in Anspruch nehmen, besitzen sie nicht sogleich Pflicht- und Ehrgefühl, sich dem Verbande anzuschließen. Auch wurde wiederholt das Verhalten des „Kollegen“ O. H. in K. o. f. r. scharf kritisiert, der in bezug auf Wiernehmen ein Vorrecht hat. Es wird daran zu erinnern sein, wenn einmal ein anderer wegen einer Unvorsichtigkeit gestraft wird. Mit der Aufforderung des Bezirksleiters Schrembs zum festen Zusammenhalt, zur Unterstützung der Arbeiterpresse und zum Anschluß an den Bürgerrechtsverein erfolgte Schluss mit einem Hoch auf den Verband.

Landshut. Am 30. Januar fand unsere diesjährige Generalversammlung statt. Nach dem vom Vorsitzenden gegebenen Jahresbericht fanden 28 Versammlungen statt, darunter 3 Betriebsversammlungen und 6 Mälzereiarbeiterversammlungen. Der Massenbericht ergab eine Jahresrechnung von 3425,40 Mk., eine Ausgabe von 1199,48 Mk.; an die Hauptkasse wurden gezahlt 2225,92 Mark. Der Abschluß eines Tarifvertrages mit den Brauereien in Mannheim-Ludwigshafen sowie mit den zur Zahlstelle gehörenden Mälzereien machte 10 Verhandlungen notwendig. Der alte Vorstand wurde mit wenigen Änderungen wiedergewählt.

Mainz. Unsere Generalversammlung fand am 29. Januar im „Goldenen Pflug“ statt. Kollege Gerner gab den Tätigkeitsbericht des Vorstandes für das Jahr 1909, welches durchweg im Zeichen des Kampfes stand. War es doch, trotz 10 monatlicher Verhandlungen nicht gelungen, bessere Lohn- und Arbeitsverhältnisse tariflich festzusetzen; alle friedlichen Versuche scheiterten an der kategorischen Erklärung der Mainzer Brauindustrie: „Vor Erledigung der Braumalzsteuerborlage im Reichstage gibt es nichts.“ Unmöglich konnte die Arbeitererschaft sich diese Behandlung noch dauernd bieten lassen; waren die miserablen Lohn- und Arbeitsverhältnisse in Mainz doch geradezu sprichwörtlich geworden und drohten zu einem Gemmais für weitere Bewegungen im Reiche zu werden. Was unsere Mainzer Unternehmern nicht gutwillig gewähren, mußte durch ständigen Streik, unterstützt durch die Sympathie der gesamten Bevölkerung, erzwingen werden. Großartige Erfolge sind erzielt worden; mit alten verrotteten Zuständen wurde aufgeräumt. Den Mainzer Brauereien ist es hoffentlich eine Lehre, daß man die Erbitterung der Arbeitererschaft nicht ungestraft auf die Spitze treiben darf. Trotz der wirtschaftlichen Erfolge sind unsere Bemühungen, die indifferenten Kollegen für unsere Organisation zu gewinnen, umsonst gewesen. Die allgemeine Arbeitslosigkeit am Orte in der Gesamtindustrie und übergroße Furcht vor Arbeitslosigkeit hält die Kollegen vielfach vom Anschluß an die Organisation zurück. Betriebsversammlungen wurden abgehalten, sie waren durchweg schlecht besucht; Hausagitationen, welche vorgenommen wurden, brachten ebenfalls nicht den erhofften Erfolg. Mit dem neuen Jahre soll eine neue Methode angewendet werden und ist Aussicht, daß dieselbe mehr Erfolg hat.

Die in Folge der Brauereierhöhung eintretende Bierpreiserhöhung zeitigte eine lebhaftere Abwehrbewegung seitens der Konsumenten. Die Brauereien verhielten sich jedoch so halten durch Einschnallung von möglichst viel Feiertagen; also auch hier wieder bekamnt der Arbeiter den Segen der „Finanzreform“ am eigenen Leibe zu spüren. Gerade bei diesem Anlaß bewies sich die Notwendigkeit der Organisation glänzend. Zahlte doch die Zahlstelle Mainz-Wiesbaden im 4. Quartal 1909 nicht weniger als 1689,66 Mark an Unterstüzung für Kollegen aus, welche Opfer der „Finanzreform“ wurden. Nicht weniger als 1125 Arbeitstage gingen unter organisierten Kollegen im vierten Quartal verloren.

Lohnzettel wurden mit den Malzfabriken in Kierstein und Kottheim abgeschlossen. Differenzen waren im Laufe des Berichtsjahres eine Menge zu schießen; so machte sich persönlich Verstellungsbewusstsein 66mal erforderlich. Außerdem mühten wir 56mal schriftlich auf Abschaffung von Mißständen drängen. Vorstand und Betretensmännergebnisse wurden 17 abgehalten. Sozialkommissionen 21, Mitgliederversammlungen wurden in Mainz abgehalten 11 und in Wiesbaden 10; Geschäftsversammlungen und Besprechungen 72, öffentliche Versammlungen fanden statt in Mainz 8 und in Wiesbaden 1. Der Kartellumsatz betrug 11578 in der ersten Vertragsperiode und 524 in der zweiten. Die Einnahmen der Hauptkasse betragen 5971,70 Mk., die Ausgaben 6094,91 Mark. Die Einnahmen der Lokalkasse inklusive Massenbestand waren 3188,32 Mk., die Ausgaben 1250,24 Mk., mithin Massenbestand 938,08 Mk. Auf Sammelstellen für die Streikenden wurden in Mainz 1170,20 Mk. aufgebracht. Die Zahlstelle Frankfurt hat den

Streikenden 802,15 Mk. überwiesen, was hiermit dankend erwähnt sei.

Die Geschäftslage in den Malzfabriken ist bald noch schlechter als in den Brauereien. Einzelne Betriebe und gerade die größten arbeiten nur im beschränkten Maße. Wenn es trotzdem möglich war, mit zwei Malzfabriken Tarife abzuschließen und bedeutende Vorteile für die Kollegen herauszufinden, so beweist dies am besten den Wert und Nutzen der Organisation. Auch im neuen Jahr ist an der Besserstellung der Lage unserer Kollegen von Mainz-Wiesbaden und Umgebung viel zu tun; die beste Gewähr, daß dies in ausgiebigstem Maße gelingt, ist eine starke, ausgebautete Organisation. Deshalb auf Kollegen, helfe mit in der Agitation, rühre die Indifferenten auf und führe den letzten Mann der Einheitsorganisation, dem Brauereiarbeiterverband, zu, dann können wir ruhig im neuen Jahr allen Eventualitäten entgegensehen.

Mühlhausen i. Gf. Unsere Generalversammlung fand am 16. Januar statt. Vorerst erstattete der Kassierer die Quartals- und Jahresabrechnung. Die Gesamteinnahmen betragen 2380,85 Mark, die Ausgaben 728,94 Mk., an die Hauptkasse wurden gezahlt 1655,01 Mk. Nach dem vom Vorsitzenden gegebenen Tätigkeitsbericht fanden 10 Versammlungen und 11 Betriebsversammlungen statt, ferner eine Reihe Sitzungen zur Erledigung der Zahlstellenangelegenheiten. Die Mitgliederzahl betrug am Schlusse des Jahres 90. Trotz des Wierhochpreises, der über 7 Monate mit voller Schärfe hier durchgeführt wurde, ist die Mitgliederzahl nahezu auf der alten Höhe geblieben. Es ist das nur der geschlossenen Organisation zu verdanken, die mancher Schwierigkeiten überwinden konnte. Einige Kollegen sind halt Opfer der Brauereipolitik geworden. Des weiteren wurde noch berichtet über den Tarif der Mühlhauser Brauerei, der wieder erneuert wurde und den Kollegen eine Reihe von Verbesserungen brachte; mit dem Erfolg können die Kollegen voll auf zufrieden sein, und wird es ihre Aufgabe sein, die Organisation noch mehr zu befestigen, um auch in Zukunft ihre Verhältnisse verbessern zu können. Das gilt auch für die Kollegen der Rutterbader Brauerei, deren Tarif im Herbst abläuft, wenn sie ihre Verhältnisse wieder tariflich geregelt und verbessert sehen wollen. Auch die Kollegen der Brauerei Deggermann mühten sich insolge des Wierkrieges mit ihren alten Tarifverhältnissen einverstanden noch aufreihen geben. Es wurde auch schon beredene Mate versucht, die Arbeiter und Fahrer in den Bierdepots für die Organisation zu gewinnen und wäre es endlich Zeit, daß auch diese Kollegen sich endlich aufraffen, um ihre tieftaurige Lage zu verbessern; das kann nur geschehen, wenn sie sich Mann für Mann dem Brauereiarbeiterverbande anschließen. Der Vorsitzende forderte die Kollegen auf, sich mehr der Agitation zu widmen und nicht alles einzeln zu übernehmen, auch den Versammlungsbesuch zu fördern, damit auch Mühlhausen eine Musterstätte der Organisation werde.

München. In der am 27. Januar stattgefundenen Generalversammlung erstattete Kollege Jacob den Jahres- und Tätigkeitsbericht. Aus demselben ist zu entnehmen, daß das verflossene Jahr wie das vorbergehende ein Jahr mühevoller Arbeit war. Am 18. Januar 1909 ist nach neuntäufigen Verhandlungen der Tarif für die Zeit 1909 bis 1. Januar 1913 abgeschlossen worden. Die Herren Arbeitgeber waren sehr hartnäckig, wie aus den Protokollen des Vorkrieges zu sehen ist, jedoch wurden für die Arbeitnehmer nicht unbedeutende Verbesserungen erzielt, die in dem gedruckten Jahresbericht Spezialisiert angeführt sind. Eine unserer besten Errungenschaften dürfte die Anerkennung des Gewerbebezirks als Einigungsamt sein. Eine leidige Frage war es für die verantwortlichen Vertreter des Verbandes beim abgelaufenen Tarifvertrag, wo über Nacht oder Unrecht nur der Ortsverband der Arbeitgeber glaubte entscheiden zu können. Unbedünmert um die Rechte der Arbeiter wurde den Arbeitervertretern mitgeteilt, der Ortsverband hat beschlossen, ihren Wünschen und Angaben nicht stattgeben zu können. Ein Beweis, wie notwendig zur Regelung der beschiedenen Auslegungen der Vertragsparteien das Einigungsamt war, geht aus dessen Tätigkeit im ersten Tarifjahr hervor, denn es mußte nicht weniger als sieben Sitzungen von je 4-5 Stunden abgehalten. Die Resultate können wir des großen Umfangs halber hier nicht geben. Sie wurden den Mitgliedern einzeln im Druck ausgehändigt. Die Regelung der nichtgesetzlichen Feiertage ist immer noch nicht zufriedenstellend und es wäre sehr zu wünschen, wenn mit gegenseitigem Einverständnis eine nochmalige eingreifende Durcharbeitung dieser Frage erfolgen könnte. Ein Teil der Brauereien kann sich sehr schwer dazu verstehen, daß die Arbeiter als gleichberechtigte Kontrahenten zum Vertragsverhältnis stehen, sie greifen zu allen möglichen Auslegungen des Tarifes, und nur durch besonnenes taktvolles Vorgehen und Zusammenstehen der Arbeiter kann Abwehr erfolgen.

Unterhandlungen haben stattgefunden wegen Nichteingahlung der festgelegten Arbeitszeit 13, wegen Ueberschreitung der Sonntagarbeit und Ueberstunden 16, wegen Nichteingahlung der Vergütung bei Krankheit 12, wegen Nichtgewährung des Urlaubs 7, wegen ungerechter Entlassung und Verzögerung 23, wegen Angriffe auf das Koalitionsrecht 14, in verschiedenen Angelegenheiten 70, in Summa 155. Davon waren von Erfolg 110, keinen Erfolg hatten 45.

Mit dem Kreisverband oberbayerischer Landbrauereien, der sich gegründet hat, wurden wegen Abschluß des Bezirks- und Zonen- tarifs 16 Verhandlungstage erforderlich.

Versammlungen und Sitzungen. In den Berichtsjahren im ganzen 501 stattgefunden, davon sind 205 nur Betriebsversammlungen. Nach Monaten eingeteilt fanden Versammlungen statt: Januar 31, Februar 48, März 42, April 46, Mai 40, Juni 44, Juli 24, August 32, September 46, Oktober 57, November 49 und Dezember 42. Korrespondenzen und Druckfragen sind eingelaufen insgesamt 3720. Ausläufe waren vom Bureau zu verzeichnen in Summa 5897. Der Mitgliederbestand beträgt 3220 männliche und 199 weibliche. An Einnahmen hatte der Verband zu verzeichnen 88.852,75 Mk. An die Hauptkasse wurden abgeandt 99.744,22 Mk. Von den Ausgaben haben wir hervor: die Krankenunterstützung für die Mitglieder 16.202,50 Mk., Arbeitslosenunterstützung 4752,45 Mk., Bemerkungsunterstützung 1873,75 Mk. Die Lokalkasse weist einen Stand auf am 1. Januar 1910 von 9111,92 Mk.

Die Kollegen wollen mit uns befreundet sein, auch in diesem Jahre die Interessen der Bräuereiarbeiter zu wahren und geloben wir uns, in diesem Sinne zu handeln. Alles muß daran gesetzt werden, die Organisation auszubauen, um dem koalitierten Unternehmern eine Macht entgegenzusetzen, die sie zwingt, die uns zusehenden Rechte anzuerkennen.

Posen. Zum ersten Male fand hier eine Bräuereiarbeiterversammlung statt. Dieses außergewöhnliche Ereignis hatte die Betriebsleitung der Neuen Posener Brauerei ganz aus dem Hausen gebracht, sie hatte nach der Versammlung einen ihrer Kontorangestellten als Spieß geschickt, welcher wahrheitsgetreue Bericht sollte, was über die Leitung dieser Brauerei dort gesagt werden würde. Ihre Leute hatte sie schon einmal, als eine Versammlung stattfinden sollte, Sonntags Nachmittags in die Brauerei bestellt, so auch diesmal wurden die Arbeiter des Sonntags Nachmittags, um sie vor der Versammlung abzuhalten, nach der Brauerei bestellt.

Gauler Klippel hielt einen Vortrag über den Wert und die Erfolge des Bräuereiarbeiterverbandes, und stellte Vergleiche an, wie aufrichtig wahrlich die Lohn- und Arbeitsverhältnisse gegenüber anderen Großstädten in Polen noch sind. Der Redner legte den Anwesenden so recht deutlich klar, daß niemand ihnen helfen werde außer dem Bräuereiarbeiterverband. Im weiteren kennzeichnete er die Leitung der Neuen Posener Brauerei, welche ein schlechtes Gewissen und große Angst haben müßte, sonst würde sie die Arbeiter in den Versammlungen nicht beschimpfen lassen. Dem anwesenden Spieß wurde bedeutet, daß es nicht gerade eine Ehrensache sei, die Arbeiter, welche ein größeres Stück Brot sich erkämpfen wollen, in dieser Weise auszuliefern. Der größte Rumb im ganzen Land, das ist und bleibt der Demütigung! Dieses Bedauern dürfte er sich vor der ganzen Versammlung sagen lassen.

ohne daß der Herr sich etwas daraus machte. Von großen moralischen Gefühlen kann bei ihm nicht die Rede sein...

Nun auf zur Agitation, jetzt gilt es zu zeigen, daß wir ernstlich gewillt sind, uns menschenwürdigeren Verhältnisse zu erwirken...

Stettin. In der Generalversammlung wurden zunächst die Wahlen vollzogen und gab dann Kollege Goldt den Jahresbericht...

Die Kollegen werden diese Zulage nicht aufpassen, sondern sie auf den Geldmarkt bringen. Redner führte aus, daß der jetzt gezahlte Lohn noch lange nicht so hoch ist, wie ihn heute eine Familie zum Lebensunterhalt braucht...

Als demnach der Vorstand der Zeitschriftenredaktion am 23. Januar gab zunächst Kollege Vinard den Kartellbericht und namentlich betreffend den Vorkauf der Firma Gezes...

Kollege Gezes-Mainz gab den Kartellbericht. Die Gesamtsumme betrug 8488,81 M., die Ausgabe 6994,81 M., an die Hauptkasse gelangt 1490,70 M.

Aus dem Bericht ist zu ersehen, daß die Kollegen durch die Bierpreiserhöhung auch arg in Mitleidenenschaft gezogen waren...

Als demnach der Vorstand der Zeitschriftenredaktion am 23. Januar gab zunächst Kollege Vinard den Kartellbericht...

Kollege Gezes-Mainz gab den Kartellbericht. Die Gesamtsumme betrug 8488,81 M., die Ausgabe 6994,81 M.

Die Kollegen durch die Bierpreiserhöhung auch arg in Mitleidenenschaft gezogen waren...

Als demnach der Vorstand der Zeitschriftenredaktion am 23. Januar gab zunächst Kollege Vinard den Kartellbericht...

Rundschau

Die vorerwähnte Landes-Kampagne in Erlangen.

In der Wilkasbrauerei in Erlangen wurde im vorigen Jahre acht Tage vor Pfingsten ein Bundesmitglied namens Wirt eingestellt...

Sie arbeitete 8 Tage in dem Betrieb, ohne daß ihm von Seiten der Verbandskollegen zu nahe getreten wurde...

Die sehr die Kollegen Ursache hatten, auf dem Kopfen zu sein und ihre Rechte und Interessen gegen solche Eingriffe zu schützen...

Siegert Entschädigungsklage gegen die organisierten Kollegen der Wilkasbrauerei an.

Zu erwähnen ist noch, daß in der Anlagenschrift auch noch bemerkt war, daß der betreffende Wirt oder dessen Gintermann Siegert sich noch weitere Erfordernisse vorbehalten...

Wir bedauern nur die Brauereiarbeiter, die derartigen Söldlingen Gefolgschaft leisten. Ein jeder von ihnen weiß, daß der Verband für die Kollegen bedeutende Vorteile errungen hat...

Einigungsämter und Schiedsgerichte in Norwegen.

Im Juli 1908 ernannte die norwegische Regierung ein Komitee zur Beratung und Ausarbeitung von Gesetzesvorlägen über Vermittelung und schiedsgerichtliche Entscheidung in Arbeitsstreitigkeiten...

Soweit ist das Komitee einig in seinen Vorschlägen, und auch darüber ist es einig, daß Arbeitseinstellungen, sei es durch Arbeiter oder Arbeitgeber, nicht stattfinden sollen...

Die Vorschläge des Komitees über den gesetzlichen Schutz des Vereinigungsrechtes befinden sich noch in der Ausarbeitung.

Achtung! Kollegen!

Die Kollegen werden ersucht, umgehend dem Unterzeichneten die Brauereiarbeiter-Zeitung zuzugreifen...

M. Klippel, Breslau, Klosterstr. 84.

Verbandsnachrichten.

Verbandsbur.: Schilderstr. 6IV, Berlin O. 27. Fernspr.: Amt VII, 275.

Mitteilungen der Hauptverwaltung.

Änderungen.

Sobald in Zahlstellen eine Aenderung in der Leitung erfolgt, oder der Vorsitzende seine Wohnung wechselt, ist dieses sofort dem Hauptvorstand und dem betreffenden Bezirksleiter mitzuteilen...

Die Adresse des Vorsitzenden muß jeder Zeit dem Hauptvorstand und dem Bezirksleiter bekannt sein.

Notizkalender für 1910

findet noch eine Anzahl Exemplare vorhanden. Preis 50 Pf. Jedes Mitglied sollte im Besitze eines Kalenders sein.

Fragebogen.

Während der letzten Woche bis zum Redaktionsschluss dieser Nummer gingen aus folgenden Orten Fragebogen, Formular I bis IV, ein: Urdernach, Brandenburger, Greifshagen, Guben, Oranienburg, Pfungstadt, Neutlingen, Straßburg, Traunstein, Waldbüchel.

Wir ersuchen diejenigen Zahlstellen, die die Fragebogen noch nicht eingesandt haben, dieselben bis spätestens den 12. März 1910 einzuschicken.

Verlorene und für ungültig erklärte Bücher.

German Dargatz, Buch Nr. 58 749, geboren den 9. Februar 1886 zu Sulzbach, eingetreten 20. April 1908 in Stettin. Michael Forstner, Brauer, Buch Nr. 35 419, geboren den 16. August 1884 zu Müschentried, eingetreten 15. April 1902 in Weizenburg a. Sand.

Eingänge der Hauptkasse

vom 21. bis 27. Februar.

Für Beiträge: Hof 200.—, Gera 250.—, Raffel 200.—, Weimar 100.—, Zwickau 300.—, Weissenhof 2.—, Jena (Rechtschutz) 20,95, Detmold 131,31 M.

Materialversand.

Straubing 25 Mitgliedsbücher, Eberfeld 50 Mitgliedsbücher, Bremen 100 Mitgliedsbücher und 20 000 Marken a 50 Pf., Rotten 100 Mitgliedsbücher, 400 Marken a 50 Pf. und 400 Marken a 30 Pf., Bamberg 20 Mitgliedsbücher und 2400 Marken a 50 Pf., Leutkirch 20 Mitgliedsbücher, Niesha 400 Marken a 50 Pf., Reusdorf 100 Marken a 30 Pf., Grimma 1600 Marken a 50 Pf. und 300 Marken a 30 Pf., Stadthagen 10 Mitgliedsbücher und 800 Marken a 50 Pf.

Aus den Bezirken und Zahlstellen.

Darmstadt. Unterstützung zahlte aus Kollege Schäfer, Gewerkschaftshaus, Bismarckstr. 10. Garburg. Vorsitzender St. Schuldt, Werderstr. 82 II, Kaffeeer Nr. 80ste, Lindenstr. 80 I.

Veranstaltungen.

Sonntag, den 5. März. Braunschweig, 8 Uhr bei Adolf Schüpke, Dankelsbachstr. 23. Weimar, 8 1/2 Uhr, Volkshaus. Sonntag, den 6. März. Hildesheim, Gasthaus zum Stift, Greifshagen, 11 Uhr bei Wunich, Hülsestr. 23. Darmstadt, 2 Uhr Gewerkschaftshaus, Bismarckstr. 19. Einbeck, 2 1/2 Uhr Gewerkschaftshaus, Göppingen, 2 Uhr Turnhalle in Holzheim.

Aus Gießen wurde das Buch Nr. 28 176, ausgestellt auf August Bill aus Lich, eingetragen am 1. 3. 1903. Beim Vorzeigen ist es einzuziehen und an den Hauptvorstand einzusenden.

Advertisement for Brauerstiefel (brewer's boots) featuring an image of a boot and detailed text about quality and availability.

Advertisement for 'Wasserdichte Holzschuhe' (waterproof wooden shoes) and 'Bierfahrer von Brauerei' (brewery beer drivers), including contact information for Hch. Schäfer.

Advertisement for 'Aleiderfabrik a. Webers E. Fritsche, Niederderwitz I. Sa.' (Aleider factory by Webers E. Fritsche, Niederderwitz I. Sa.) advertising various products and services.